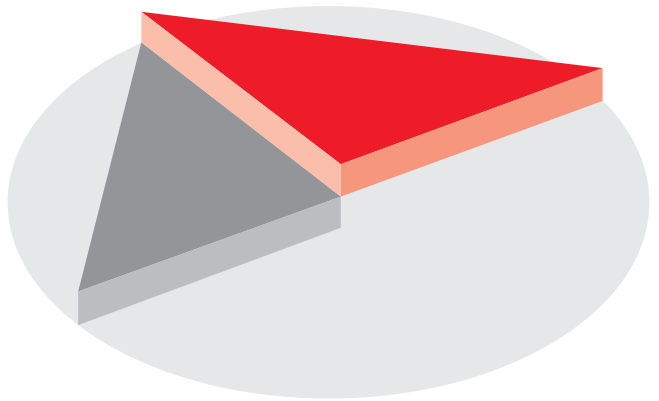


# Rechtsextremisten in Parlamenten und politischen Gremien - eine Reifeprüfung für die Demokratie



7. Symposium des Thüringer Landesamtes  
für Verfassungsschutz am 25. September 2008

# **Rechtsextremisten in Parlamenten und politischen Gremien – eine Reifeprüfung für die Demokratie**

Publikation der Vorträge des 7. Symposiums  
des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz  
am 25. September 2008

Die Beiträge der Gastreferenten bringen die Auffassung der Verfasser zum Ausdruck.

## **Inhaltsverzeichnis**

Begrüßung durch den Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Verfassungs- schutz (TLfV) Thomas Sippel	3
Eröffnung durch den Thüringer Innenmi- nister Manfred Scherer	10
Dr. Rudolf van Hüllen Rechtsextremisten und ihr Kampf um die Parlamente: Ziele und Hintergründe	15
Henrik Steglich Die NPD in Sachsen: Ein rechtsextremisti- sches Erfolgsmodell?	33
Dr. Dietmar Molthagen Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten und Kommunen	59

Thomas Sippel, Präsident des  
Thüringer Landesamtes  
für Verfassungsschutz



## **Begrüßung**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich zum siebten Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz begrüßen und freue mich, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind.

Ich denke, es ist uns gelungen, auch in diesem Jahr ein Publikum für unser Symposium zu interessieren, das sich sowohl durch eine große gesellschaftliche und institutionelle Bandbreite als auch durch das gemeinsame Interesse am Thema dieser Veranstaltung auszeichnet. Verfassungsschutz ist Aufgabe aller Teile der Gesellschaft und dies wird – wie ich finde – durch unsere heutige Zusammensetzung gut illustriert.

Herzlich begrüßen möchte ich den Thüringer Innenminister, Herrn Manfred Scherer. Es freut mich sehr, Herr Minister, dass wir Sie für die Eröffnung dieser Veranstaltung haben gewinnen können.

Ebenso begrüßen möchte ich die Damen und Herren Abgeordneten des Thüringer Landtags.

Vom Leipziger Generalkonsulat der Vereinigten Staaten begrüße ich herzlich den Leiter der Abteilung für Wirtschaft und Politik, Herrn Dr. Andreas Fuerst.

Als Zeichen der Verbundenheit werte ich auch die Teilnahme von Mitarbeitern der Nachrichtendienste und der Polizei. Stellvertretend für sie möchte ich meinen Kollegen vom Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz, Herrn Direktor Dr. Alexander Eisvogel, Herrn Ministerialrat Brüsselbach für den Militärischen Abschirmdienst sowie den neuen Leiter der Polizeiabteilung im Thüringer Innenministerium, Herrn Leitenden Ministerialrat Helmut Huber begrüßen.

Ich freue mich auch über die Teilnahme von Vertretern der Thüringer Gebietskörperschaften. Stellvertretend begrüße ich zum einen den Geschäftsführer des Thüringer Landkreistages, Herrn Thomas Budde, sowie den Geschäftsführenden Vorstand des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen, Herrn Ralf Rusch, und zum anderen die Landräte Frau Martina Schweinsburg, Herrn Dr. Werner Henning, Herrn Reinhard Krebs und Herrn Ralf Luther sowie den Oberbürgermeister der Stadt Suhl, Herrn Dr. Jens Triebel.

Ich freue mich ganz besonders und sehe es als Ausdruck unserer Verbundenheit, dass Sie, lieber Herr Nossen, als Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens zu unserer Veranstaltung gekommen sind.

Meine Damen und Herren,

ich hoffe auf Ihr Verständnis und Ihre Nachsicht, dass ich Sie nicht alle persönlich begrüßen kann. Ich freue mich über Teilnahme und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Mit unserem jährlichen Symposium haben wir eine Reihe ins Leben gerufen, die sich mit aktuellen Fragen des Verfassungsschutzes in Deutschland beschäftigt. In diesem Jahr wollen wir unseren Blick erneut auf den Rechtsextremismus richten. Genauer gesagt auf eine „Reifeprüfung für unsere Demokratie“, nämlich „Rechtsextremisten in Parlamenten und politischen Gremien“.

Für uns in Thüringen ist diese Frage von besonderem Interesse. Die Thüringer Bürgerinnen und Bürger werden im nächsten Jahr aufgerufen sein, zu insgesamt vier Wahlen ihre Stimme abzugeben. Darunter auch die Wahl zum 5. Thüringer Landtag am 30. August und die Thüringer Kommunalwahlen, die bereits im Juni stattfinden werden.

Zu beiden Wahlen wird aller Voraussicht nach auch die rechtsextremistische NPD antreten. Für sich genommen ist dies noch kein Grund zu großer Besorgnis. Wahlantritte rechtsextremistischer Parteien hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bereits viele gegeben; über die Geschichte hinweg betrachtet waren die mit Abstand meisten für diese Parteien Misserfolge. Eine Entwarnung ist damit gerade vor den jüngsten Wahlerfolgen der NPD und der DVU jedoch keineswegs verbunden. Im Gegenteil.

Die Thüringer NPD sieht sich selbst in einer vergleichbaren Ausgangsposition wie vor den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern und versucht ihre derzeitigen Defizite zu beseitigen. Insbesondere die Wahlen auf kommunaler Ebene hat die NPD dabei im Visier. Beflügelt wird sie von dem Abschneiden der

sächsischen NPD bei den dortigen Kommunalwahlen und dem Wegfall der 5-Prozent-Hürde bei den kommenden Thüringer Kommunalwahlen im nächsten Frühsommer. Zugleich ist das Feld der Kommunalpolitik der große Schwachpunkt der Partei in Thüringen. Nicht umsonst versucht die NPD ihr kommunalpolitisches Profil zu stärken und an ihrer „Kommunalen Verankerung“ zu arbeiten. Stichworte sind hier die sog. Graswurzel- und die Wortergreifungsstrategie. D. h. die Partei versucht sich einerseits in gesellschaftlichen Strukturen, wie z. B. Vereinen und Initiativen zu etablieren, andererseits auf politischem Parkett Fuß zu fassen und beispielsweise in Stadtratssitzungen oder Veranstaltungen des demokratischen Spektrums das Wort und damit die Initiative zu ergreifen. Bislang allerdings sind die Ergebnisse dieser Strategie insgesamt sehr bescheiden. Die Partei kämpft mit der Schwierigkeit, genügend geeignete, d. h. fachlich kompetente und vermittelbare Kandidaten aufzustellen. Zudem wird sie gefordert sein, dort, wo sie sich zur Kommunalwahl stellt, zunächst eine Reihe an Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, die bereit sind, offen – d. h. mit Namen, Adresse und Unterschrift auf dem zuständigen Amt – ihre Unterstützung für den Wahlantritt der NPD zu erklären.

Was die Landtagswahl 2009 betrifft, ist der Antritt der NPD noch nicht abschließend geklärt. Im Rahmen des Deutschlandpaktes, also der Wahlabsprache der NPD mit der DVU, haben die beiden Parteien 2004 bekanntlich die Teilnahme an den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen untereinander aufgeteilt. So war ursprünglich geregelt, dass in Thüringen die DVU zur Landtagswahl antreten soll, obwohl bereits damals die NPD im Freistaat

die deutlich mitgliederstärkere und aktivere Partei war. Mit dem seit 2004 einsetzenden Mitgliederzuwachs wurden innerhalb des NPD-Landesverbandes dann auch die Forderungen nach einem eigenen Antritt zur Landtagswahl lauter. Dies führte zu mittlerweile offiziellen Verhandlungen des Deutschlandpakt zwischen NPD-Chef Udo VOIGT und DVU-Vorsitzenden Dr. FREY. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen ist bisher nicht bekannt geworden. Angesichts der desolaten Lage der DVU in Thüringen muss aber mit einem Antritt von NPD-Kandidaten gerechnet werden, zumal es bereits deutliche Äußerungen der rechtsextremistischen sog. Freien Kräfte gibt, ausschließlich die NPD in einem Wahlkampf zu unterstützen.

In der Zeit bis zur Wahl gibt es also nicht nur für die NPD noch viel zu tun, auch für die demokratischen Kräfte im Land heißt es weiterhin am Ball bleiben im Kampf gegen Rechtsextremismus. Das Landesamt für Verfassungsschutz wird diesen Weg natürlich mitgehen und im Rahmen seiner Möglichkeiten informierend und beratend Unterstützung leisten.

Nicht nur die heutige Veranstaltung ist in dieses Engagement einzuordnen, sondern auch die Anfang Oktober beginnenden Kommunalschulungen, die wir für die Kreise und Kreisfreien Städten in Thüringen durchführen werden und dort in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag und der Polizei über konkrete Möglichkeiten der kommunalen Entscheidungsträger im Kampf gegen Extremismus informieren werden.



Meine Damen und Herren,

ich freue mich, dass wir mit Herrn Dr. Rudolf van Hüllen, Herrn Henrik Steglich und Herrn Dr. Dietmar Molthagen drei ausgewiesene Fachleute für die heutigen Vorträge gewinnen konnten, die sich intensiv mit dem Thema unseres Symposiums auseinandergesetzt haben.

Herr Dr. van Hüllen beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem politischen Extremismus in Deutschland. Er wird uns zunächst Ziele und Hintergründe des rechtsextremistischen Kampfes um die Parlamente erläutern. Im Anschluss hören wir Herrn Henrik Steglich, der uns über die NPD in Sachsen informiert. Er wird die Frage aufwerfen, ob es sich bei ihr um ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell handelt. Schließlich werden wir uns den politischen Strategien gegen die extremistische Rechte in Parlamenten und Kommunen zuwenden, über die Dr. Molthagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung referieren wird. Ein Thema, das uns in Thüringen im Vorwahljahr ebenfalls ganz besonders interessiert.

Es freut mich sehr, dass wir für die Moderation Herrn Ulrich Sondermann-Becker – Redakteur beim MDR und Vorsitzender der Landespressekonferenz – haben gewinnen können. Er wird uns durch das Symposium führen und dabei auch die anschließende Diskussion moderieren.

Den Referenten und dem Moderator möchte ich für Ihre Bereitschaft, diese Veranstaltung zu gestalten, herzlich danken.

Meine Damen und Herren,

ich denke, wir haben einen interessanten und sicher anregenden Nachmittag vor uns. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an Herrn Innenminister Scherer.

Manfred Scherer, Innenminister des  
Freistaats Thüringen

## **Eröffnung**



Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung zu dem heutigen Symposium und nehme gerne die Gelegenheit wahr, zur Eröffnung dieser Veranstaltung einige Worte an Sie zu richten.

Das Thema des inzwischen 7. Fachsymposiums lautet „Rechtsextremisten in Parlamenten und politischen Gremien – eine Reifeprüfung für die Demokratie“.

Ich persönlich halte es für sehr wichtig, sich dieser speziellen Thematik im Rahmen einer solchen Veranstaltung zu widmen.

Zum einen wird dadurch zum Ausdruck gebracht, dass es trotz der aktuellen und besorgniserregenden Entwicklungen auf dem Gebiet des islamistischen Terrorismus nicht nur für die Sicherheitsbehörden, sondern für alle demokratischen Kräfte außerordentlich wichtig ist, jedwede Form des Extremismus fest im Blick zu haben und zu bekämpfen. Zum anderen bietet die Themenwahl die Gelegenheit nochmals zu verdeutlichen, dass Rechtsextremismus als Phänomen nicht auf ein bestimmtes Klientel beschränkt bleibt. Rechtsextremistisches Gedankengut ist in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden und wird auf verschiedenste Art und Weise verbreitet.

Wir kennen die so genannten Info-Stände, mit denen sich insbesondere die NPD regelmäßig der Öffentlichkeit präsentiert. Wir kennen verschiedenste Publikationen, die mehr oder weniger regelmäßig erscheinen. Wir wissen um die Internetpräsenz rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen. Wir sehen, wie sich Rechtsextremisten zu Aufzügen und Demonstrationen auf den Straßen formieren. Wir wissen, dass über diese Formen der rechtsextremistischen Propaganda immer wieder auch in den Medien berichtet wird. Das soll aber keine Medienschelte sein. Ich weiß sehr wohl, dass es für die Medien außerordentlich schwer ist, über die gefährlichen Aktivitäten von Rechtsextremisten zu informieren, ohne zu deren indirektem Sprachrohr zu werden.

Hinsichtlich der Medienwirksamkeit ist für eine Partei wie die NPD jedoch nichts so effektiv wie der Einzug in ein Landesparlament oder in einen Gemeinderat. Finden ihre Anträge auch nur einen Befürworter in einer der anderen Fraktionen – so jüngst im Dresdener Stadtrat geschehen – tut dies ein Übriges.

Die Wirkung der von den Rechtsextremisten in Redebeiträgen und Anträgen, oft in gezielt provozierender Form vertretenen Positionen, ist nicht zu unterschätzen. Sie ist unmittelbar, denn sie zwingt die demokratischen Parteien nicht selten, umgehend zu reagieren oder sich zu distanzieren.

Hinzu kommt, dass sämtliche in einem Parlament oder einem Gemeinderat getroffenen verfassungsfeindlichen Äußerungen und die dadurch provozierten Auseinandersetzungen von lokalen oder überregionalen Medien auf-

gegriffen werden und so für eine breite öffentliche Aufmerksamkeit sorgen. Das kommt den Rechtsextremisten durchaus gelegen, weil sie so eine beachtliche Medienpräsenz mit einem vergleichsweise geringen Aufwand erzielen.

Die Tatsache, dass es Rechtsextremisten in den vergangenen Jahren in Deutschland gelungen ist, Mandate in Landes- und Kommunalparlamenten zu erringen, verdeutlicht, dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt. Daher darf sich seine Bekämpfung nicht allein auf den repressiven Bereich beschränken, sondern muss in immer stärkerem Maße präventive Ansätze einbeziehen.

Das gilt heute mehr denn je auch für Thüringen. Bislang sind die Rechtsextremisten im Thüringer Landtag nicht vertreten. In den Thüringer Gemeinderäten gibt es bislang nur einen einzigen Vertreter einer rechtsextremistischen Partei. Doch Sie alle wissen, dass es auf kommunaler Ebene die Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht mehr geben wird.

Wir als Landesregierung und wir als Bürger müssen daher alles tun, um auf kommunaler Ebene rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Nur ein Beispiel für das Engagement der Landesregierung auf diesem Gebiet ist der im Juni vorgestellte „Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen“. Er soll dazu ermutigen, auf kommunaler Ebene den rechtlichen Rahmen im Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten auszuschöpfen.

So werden darin die Möglichkeiten des Vorgehens bei vermuteten Immobilienscheinkäufen, rechtsextremen Demonstrationen, Anwerbeversuchen bei Jugendlichen mittels rechtsextremistischer Musik oder auch der Umgang mit Wortmeldungen von Rechtsextremisten in öffentlichen Veranstaltungen angesprochen. Darüber hinaus werden weiterführende Kontaktmöglichkeiten benannt, die den Betroffenen im Einzelfall kompetente Hilfe anbieten oder vermitteln.

Dieselbe Zielrichtung verfolgt die am 6. Oktober in Weimar startende Veranstaltungsreihe, in deren Rahmen das TLfV die Kommunen in Thüringen über aktuelle landesweite und lokale extremistische Strukturen und Strategien informieren wird. Die Veranstaltungsreihe wird unter Beteiligung des Gemeinde- und Städtebundes sowie des Landkreistages organisiert. Dabei ist vorgesehen, die in den einzelnen Veranstaltungen angebotenen Informationen auf die jeweilige Region zuzuschneiden. Diese Differenzierung und die vorgesehene Teilnahme von Vertretern des polizeilichen Staatsschutzes aus der jeweiligen Region soll eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Information der Städte und Gemeinden ermöglichen.

Zwei weitere Beispiele für die präventive Arbeit der Landesregierung im Bereich der Extremismusbekämpfung sind zum einen der bereits angekündigte Leitfaden für den Umgang mit Rechtsextremisten in den Feuerwehren. Er wird noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen.

Zum anderen habe ich bereits darüber informiert, dass die aktualisierte Fassung der polizeilichen Konzeption zur Extremismusbekämpfung seit Juni in Kraft getreten ist.

Die von mir angesprochenen Maßnahmen bilden nur einige Facetten der Aktivitäten, die der Bekämpfung des Rechtsextremismus dienen. Alle mit Präventionsfragen befassten Institutionen werden ihren Teil dazu beitragen, die im Veranstaltungsmotto angesprochene Reifeprüfung zu bestehen. Auch dieses Symposium trägt dazu bei. Ich bin deshalb dem Landesamt sehr dankbar für die Vorbereitung dieser Veranstaltung. Einmal mehr werden damit Engagement und Kompetenz seiner Mitarbeiter beim Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verdeutlicht.

Dr. Rudolf van Hüllen

## **Rechtsextremisten und ihr Kampf um die Parlamente: Ziele und Hintergründe**



Rechtsextremismus ist ein Thema, das Emotionen hervorruft. Das ist nützlich, wenn die Empörung zivilgesellschaftliches Engagement auslöst. Es reicht aber für eine vernünftige Beurteilung des Phänomens, seiner Gefahrenpotenziale, Absichten und Ziele nicht aus. Tatsächlich ist das Phänomen Rechtsextremismus komplizierter und auch ernster zu nehmen, als dass man es bei gut gemeinter Ablehnung bewenden lassen könnte.

*Den* Rechtsextremismus gibt es nicht. Vielmehr hat man es mit einer Vielzahl facettenreicher antidemokratischer Strömungen und Fraktionen zu tun. Diese innere Differenzierung gilt auch für diejenigen rechtsextremistischen Kräfte in Deutschland, die sich überhaupt bei Wahlen bewerben mit dem Ziel, Mandate in kommunalen Vertretungskörperschaften und Parlamenten zu erlangen. Hier sind neben der zentral bedeutsamen NPD die REP und die DVU zu nennen. Bevor man sich daran begibt, das Treiben der NPD näher zu betrachten und einzuordnen, sollte man versuchen, diese drei Hauptvertreter des „Parteienlagers“ im Rechtsextremismus näher zu klassifizieren.



Aus einer politikwissenschaftlichen Untersuchung<sup>1</sup> stammt der Versuch, rechtsextremistische Bestrebungen nach dem Grad ihrer Demokratiefeindlichkeit abzustufen. Demnach kann man fünf Typen unterscheiden:

- *Neonazi-Parteien, die ausländerfeindlich und rassistisch sind, Pluralismus, Demokratie und Parlamentarismus bekämpfen, stellen demnach gewissermaßen den härtesten Typ dar.*
- *Neofaschistische Formationen, die zwar gegen das parlamentarische System gerichtet sind, aber weder auf Xenophobie noch auf Rassismus in ihrer Programmatik besonderen Wert legen, bilden einen zweiten Typus.*
- *Umgekehrt gibt es autoritär-xenophobe, latent antidemokratische Parteien.*
- *Populistisch agierende und fremdenfeindliche, aber nicht explizit gegen das demokratische System gerichtete Parteien bilden den vierten Typus.*
- *Einen fünften, gewissermaßen „weichesten“ Typus stellen ausschließlich rechtsgerichtete populistische Parteien, die weder das System bekämpfen noch gesondert fremdenfeindlich ausgerichtet sind.*

Zwischen dem härtesten neonazistischen Parteitypus und den bloß populistisch argumentierenden Formationen besteht offensichtlich ein erheblicher qualitativer Unterschied. Der fünfte Typus dürfte kaum noch als verfassungsfeindlich anzusprechen sein, während gewaltbereite Neonazi-Parteien der härtesten Kategorie nicht nur ein

---

<sup>1</sup> Für deutsche Verhältnisse leicht abgewandelt aus: Elisabeth Carter, *The extreme right in Western Europe. Success or failure?*, Manchester 2005, S.50-54.

verfassungsrechtliches, sondern auch ein polizeiliches Problem darstellen.

In dieser Klassifikation nach abgestuften rechtsextremistischen Merkmalen repräsentierten die REP die vierte Kategorie. Sie waren dezidiert ausländerfeindlich und argumentierten populistisch, zeigten aber keine Ambitionen zu Anfechtung des parlamentarischen Systems. Das erstaunt nicht, berücksichtigt man die Herkunft dieser Partei als Abspaltung von der CSU. Sie verkörpert damit einen in Europa recht weit verbreiteten Typus populistischer, fremdenfeindlicher und nationalistisch eingestellter Parteien. Wie die Entwicklung der REP zeigt, schließt dies gelegentliche Absplitterungen ins radikal extremistische Spektrum ebenso ein wie eine Aufrechterhaltung der Abgrenzung. Wie dem auch sei, die Relevanz der REP dürfte sich, so wie es jetzt scheint, erledigt haben.

Schwieriger gestaltet sich die Beurteilung der DVU. Eindeutig ist die Partei fremdenfeindlich und nationalistisch eingestellt, wengleich auch nicht in der Deutlichkeit und Radikalität wie die NPD. Die ständige Betonung der Verfassungstreue durch die DVU kann man als Täuschungsmanöver vergessen; die Bündnispraxis mit NPD und Neonazi-Szene spricht eine andere Sprache. Zudem kennt die „Phantompartei“ mit ihrer Ausrichtung auf ihren Führer Frey keine demokratischen Binnenstrukturen. Andererseits sind ihre zumeist aus kleinbürgerlichem Milieu stammenden Mandatsträger nicht verdächtig, den Parlamentarismus abschaffen zu wollen. Der rasche Zerfall von DVU-Fraktionen in den Landtagen von Schleswig-Holstein nach 1996 und in Sachsen-Anhalt nach 1998 ist nicht als Indiz einer grundsätzlich antiparla-

mentarischen Haltung zu deuten. Er belegt mit seinen internen Intrigen und Positionskämpfen eher, dass sich hier kleinbürgerliche Parvenüs in einem statusgefühlten Höhenrausch befanden und sich in grotesker Selbstüberschätzung entsprechend benahmen. Auch die Praxis der noch existierenden DVU-Fraktion im Potsdamer Landtag liefert keine Anhaltspunkte dafür, dass die Mandatsträger die Bühne, auf der sie weitgehend unbeachtet agieren, abschaffen wollten.

Bleibt die NPD. Man weiß, wie sie sich in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern benimmt. Dennoch ist der Stellenwert des „Kampfes um die Parlamente“ in Strategie und Selbstverständnis der Partei etwas komplexer als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Dabei darf man nicht davon ausgehen, dass die NPD zum parlamentarischen System eine logisch stringente und in sich geschlossenen Position einnimmt. Wie zumeist im Rechtsextremismus ist ihre Ideologie inkonsistent, in sich widersprüchlich, eklektisch, aus unterschiedlichen Bruchstücken und Motiven zusammen gesucht. Genau diese Gemengelage ermöglicht es ihr, in dem Bündnis aus NPD, der eher betulich-altmodischen DVU und den aggressiv-neonazistischen Kameradschaften eine Scharnierfunktion einzunehmen. Die ist nicht zuletzt das Ergebnis einer überaus ambivalenten „Modernisierung“, die der Partei ein Doppelgesicht verliehen hat. Es lohnt, diesen Prozess etwas näher ins Auge zu fassen.

Die Modernisierung erstreckt sich vorgängig auf zwei Dimensionen: Erstens hat die NPD ihre Strategie und Taktik modernisiert. Anstatt sich mit konkurrierenden

rechtsextremistischen Gruppen zu zerfleischen, betreibt sie aktive und berechnende Bündnispolitik. Sie konzentriert ihre Kräfte auf aussichtsreiche Zielgruppen, Themen und regionale Schwerpunkte. Das waren zunächst die neuen Bundesländer insgesamt, dann Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und nunmehr – mit Blick auf die Landtagswahlen im September 2009 – der Freistaat Thüringen.

Die NPD bemüht sich ferner, freilich mit überschaubarem Erfolg, ihre Kader zu professionalisieren, wobei sie verstärkt auf Schulungsunterlagen linksextremistischer Gruppen zurückgreift. Sie hat ihren Internet-Auftritt und ihre Pressearbeit verbessert; auch versteht sie es eher als früher, sich gegenüber dem Bürger als eine Partei zu präsentieren, der im politischen Leben ein gleichberechtigter Platz zukommt.

Dabei sind allerdings in Ost und West noch sehr unterschiedliche Ergebnisse festzuhalten: Im Westen ist die Verankerung bei Wahlen nicht gelungen, die Partei sieht sich weiterhin einem funktionierenden antitotalitären Cordon sanitaire gegenüber. Ihr Verfahren, diesen aufzubrechen, ist die so genannte „Demonstrationspolitik“, also der Versuch, durch Aufmärsche gemeinsam mit neonazistischen Kameradschaften öffentlichen Raum zu besetzen. Regelmäßig treten ihr dabei Gegendemonstrationen entgegen, so zuletzt am 6. September 2008, als 1.100 Rechtsextremisten in Dortmund zu einem „Anti-imperialistischen Antikriegstag“ aufmarschierten.

In den neuen Bundesländern sind die Partei und ihre Verbündeten besonders im ländlichen Raum einen Schritt

weiter. Hier geht es ihnen darum, durch Infostände, Kinderfeste, „Bürgerberatung“ oder Mitwirkung in Sport- und Freizeitvereinen den Eindruck einer völligen Normalität der Präsenz des Rechtsextremismus zu erwecken. Diese „Normalisierungsstrategie“ folgt örtlichen und landesweiten Wahlerfolgen. Einen Cordon sanitaire gegenüber totalitären Parteien gibt es in den neuen Bundesländern – wie auch die Überlebensfähigkeit der mehrfach umbenannten SED zeigt – offensichtlich nicht.

Mit der strategischen und taktischen Modernisierung ist zweitens eine ideologische „Modernisierung“ einhergegangen, die man sinnvollerweise in Führungszeichen zu setzen hat. Die ursprünglich deutschnationale, besitzbürgerlich geprägte, antikommunistische Partei hat seit Mitte der 90er Jahre in einem längeren Wandlungsprozess ihr Vorbild in einem völkischen, nationalen Sozialismus, im wörtlichen Sinne in einem neuen Nationalsozialismus gefunden. Sein historisches Vorbild kann man mit gewisser Berechtigung im linken, sozialrevolutionär gestimmten Flügel der NSDAP erblicken.

Nicht ganz zu Unrecht stellten die verschiedenen Verbotsanträge gegen die Partei aus dem Jahr 2001 deshalb auf eine „Wesensverwandtschaft“ mit der NSDAP ab. Kern einer solchen „Wesensverwandtschaft“ wäre die Übernahme einer völkisch-rassistischen Ideologie, welche die eigene Nation oder Ethnie als – biologisch und genetisch bedingt – anderen qualitativ überlegen einschätzt. Daraus ergibt sich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit nicht nur die herabsetzende Ausgrenzung anderer, sondern auch ein Programm rassistisch begründeter Aggressionskriege nach außen. Das liegt in der Konse-

quenz eines solchen sozialdarwinistischen Weltbildes, in dessen Zentrum eine biologistisch begründete Volksgemeinschaft steht. Und daraus wiederum kann man Schlussfolgerungen für die Ansprüche der NPD an ihre politische und parlamentarische Arbeit ableiten. Eine als ethnisch homogen gedachte Volksgemeinschaft benötigt kein Parlament als Spiegel eines gesellschaftlichen und politischen Pluralismus. Sie kennt nicht die demokratische Vorstellung eines Gesellschaftsvertrages, mit dem Bürger ihre individuell unterschiedlichen Interessen im Diskurs, im Streit, per Mehrheitsentscheid oder Kompromiss auszugleichen versuchen. Das Verhältnis der NPD zum Parlament wäre dann analog zu demjenigen der NSDAP zu sehen.

Es gibt aber Kritiker, die gegen diese Rückführung der NPD-Politik auf NS-Vorbilder einlassen, man mache es sich zu einfach, wenn man gegen die Partei die Keule des historischen Nationalsozialismus schwingt. Statt einer offen biologisch-rassistischen Ausrichtung pflege die Partei eine differenzierte „kulturalistische“ Ideologie nach dem Vorbild der französischen Nouvelle Droite. Und die gehe nicht von einer angeblichen *biologischen* Differenz zwischen Rassen und Ethnien aus, sondern spreche Nationen jeweils authentische *kulturelle* Eigenheiten zu, die man möglichst rein erhalten und nicht durchmischen dürfe. Damit sei nicht automatisch eine Abwertung fremder Völker verbunden; vielmehr werde allen ein Eigenrecht auf authentische Existenz innerhalb des ihnen historisch zugewachsenen Territoriums zugesprochen. Die NPD nennt so etwas „Ethnopluralismus“.

Ein solcher kulturalistischer Ansatz führt dann übrigens zu einer veränderten Begründung rechtsextremistischer Ausländerfeindlichkeit. Migranten werden nicht mehr als minderwertig bezeichnet, sondern nur noch als kulturell andersartig und fremd. Die NPD behauptet auf dieser Linie konsequent, sie sei gar nicht ausländerfeindlich, nur zuwanderungskritisch. Sie habe nichts gegen Türken – in der Türkei. Türkische Migranten in Deutschland aber würden nicht nur die heimische Kultur überfremden, sondern sich auch ihrer eigenen entfremden. Zu ihrem eigenen Schutz müssten sie daher in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Eine solche kulturalistische Argumentation ist für die Strategie und Taktik der Partei offensichtlich vorteilhaft. Sie schafft äußerlich Distanz zum Nationalsozialismus, klingt weniger aggressiv und ist deshalb der Bevölkerung leichter vermittelbar. Dass sie, konsequent zu Ende gedacht, dennoch zur ethnischen Vertreibung von 11 Mio. Menschen aus Deutschland führen müsste, fällt nicht sofort ins Auge. Zwar ist auch der kulturalistische Ethnopluralismus eine Ideologie der Ungleichheit und insofern mit dem westlichen Menschenrechtsdenken unvereinbar, doch macht er es schwieriger, die Partei unmittelbar einer Übernahme des nationalsozialistischen Sozialdarwinismus zu zeihen.

Wer indessen an der Oberfläche der propagandistischen Darstellung der NPD und ihrer wenigen Parteiideologen kratzt, findet darunter ziemlich rasch und unvermittelt die Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus wieder. Sie erstreckt sich übrigens auch auf eine Absage an die Menschenrechte und bevorzugt ziemlich unver-

blümt ein biologistisch-rassistisches Menschenbild. Entsprechende Aussagen finden sich an prominenter Stelle in öffentlichen Verlautbarungen, z. B. so: *„Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.“*<sup>2</sup> Man findet also deutlich sowohl traditionell nationalsozialistische als auch kulturalistische Argumentationsketten bei der NPD, und der Verdacht liegt wohl nahe, dass die kulturalistische Verpackung ein Stück weit auch willkommene entlastende Taktik ist. Wie stark die NS-Tradition und das entsprechende Denken bei der NPD ausgeprägt sind, zeigen auch die Machtverhältnisse in der Partei. Der Vorsitzende Udo Voigt, auf dessen aktive Duldung seit 1996 der Einmarsch militanter Neonazis in die NPD zurückgeht, konstatierte in der „Jungen Freiheit“ 2004 durchaus die Existenz einer nationalsozialistischen Strömung in seiner Partei, die allerdings, so Voigt beschönigend, nicht besonders bedeutend sei. Dies ist ganz offensichtlich falsch, befinden sich doch ganze Organisationsgliederungen in der Hand der neonazistischen Kameradschaften, die als Zugereiste, willkommene Neumitglieder oder Doppelmitglieder ihren Platz bis hin in den Bundesvorstand der Partei gefunden haben. Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber schätzt ihren Anteil an der NPD-Mitgliedschaft auf mindestens ein Drittel bis

---

<sup>2</sup> NPD-Bundesvorstand (Hrsg.), Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, 2. Aufl. Berlin 2006, Ziff. 1.9 zur Klärung der Begriffe „Deutscher“ und „Volk“, S.12.



maximal die Hälfte<sup>3</sup>. Stimmt diese Einschätzung, so wird auch plausibel, warum die bündnispolitische Bindung der NPD zu den Kameradschaften stärker ausgeprägt ist als zur DVU, während sich andererseits Kameradschaftler, die dem kritisch gegenüber stehen, zunehmend als „Freie Kräfte“ ohne jegliche Einbindung gruppieren.

Eine Vielzahl weiterer ideologischer Anleihen beim Nationalsozialismus ermöglicht es im Übrigen, die Haltung der NPD zum parlamentarischen System näher zu klären. Die staatstragenden parlamentarisch ausgerichteten Parteien gelten ihr in NSDAP-Diktion als „Systemparteien“, deren System man abschaffen und durch die Volksgemeinschaft ersetzen will. Auch hinsichtlich weiterer Feindbilder zeigt sich die geradezu idealtypisch antagonistische Stellung der NPD zu Wahlen und parlamentarischer Demokratie westlichen Zuschnitts. Historisch ist beides stark mit liberalen Wirtschaftsvorstellungen verbunden; echte Parlamente gibt es eigentlich nur in pluralistischen Demokratien, die ihren Bürgern ein hohes Ausmaß an Autonomie zur wirtschaftlichen und privaten Lebensgestaltung lassen. Gegen beide Aspekte richtet sich die „Volksgemeinschaft“ der NPD als biologisch vorgegebene vermeintlich „natürliche“ Kollektivordnung. Für die Partei ist sie der direkte Gegenpol und alternatives Sozialmodell zum „globalistischen Kapitalismus“. Dies ist im Übrigen die rechtsextremistische Sprachregelung für Globalisierung, Freihandel, Weltwirtschaft und internationale Verflechtung auf kultureller, wirtschaftlicher, technologischer und politischer Ebene. Für die damit einhergehenden schnellen und manchmal

---

<sup>3</sup> Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD, Berlin 2008, S. 28.

belastenden Modernisierungsschübe hat die NPD ein passendes Feindbild parat, das sie wiederum mit dem historischen Nationalsozialismus teilt: Der Kapitalismus als „unverblümete Imperialismusstrategie der USA“ obwohl „*seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort an der Ostküste der USA*“<sup>4</sup>. Es ist wohl kein Zufall, dass die NPD solch antikapitalistisch verbrämten Antisemitismus mit Linksextremisten und Islamisten teilt, denn auch diese lehnen parlamentarische Demokratie ab und bevorzugen kollektivistische Ordnungen, in denen Repräsentativkörperschaften nur akklamatorische Funktionen haben – ob es sich nun um die Umma als islamische Ordnung eines Gottesstaates handelt oder um den caesaristisch angehauchten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ eines Hugo Chavez.

Die konfuse Mischung aus antiamerikanischen und oft auch antisemitischen Verschwörungstheorien und Feindbildern bringt die NPD in eine revolutionäre Frontstellung gegen das „System“. In ihrer Agitation kommt es in vielfältiger Diktion vor: als „Systemparteien“, als „Systempresse“, seine Politiker als „Systemlinge“. Kampf gegen „das System“ oder das „Stellen der Systemfrage“, sind im Übrigen Chiffren, die auch im Linksextremismus ihren Platz haben, mithin geradezu klassische Platitüden extremistischer Formationen – schon seit dem Zangenangriff von NSDAP und KPD auf die erste deutsche Republik vor nunmehr bald 80 Jahren. Zentrale Institutionen der Demokratie wie das Parlament haben sich bei Extremisten aller Couleur nie einer besonderen Wertschätzung erfreut.

---

<sup>4</sup> Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, Ziff. 2.2., S.19.

Das finden wir ganz durchgängig auch bei der NPD: das Grundgesetz ein Diktat der angelsächsischen Siegermächte<sup>5</sup>, das Parlament als „Schwatzbude“. Volksherrschaft, Demokratie also, habe zur Voraussetzung die Volksgemeinschaft. Da bliebe vom Parlament bestenfalls noch ein ständestaatlich verfasstes Akklamationsorgan übrig. Es soll, wie es im unveröffentlichten neuen Programmentwurf, den die NPD noch nicht beschließen konnte, nunmehr in schöner Deutlichkeit heißt, von einem starken volksgewählten Präsidialsystem mit häufigen Volksabstimmungen ersetzt werden. Und hier finden wir auch einen seit Carl Schmitt gängigen Klassiker der Parlamentarismuskritik: Das Gemeinwohl müsse aus dem Würgegriff der Parteien befreit werden. „Erst dann“, so wörtlich, „kann es wieder eine Identität von Regierten und Regierenden geben“.<sup>6</sup> Es ist diese Identitätstheorie, die Vorstellung einer Abwesenheit von Konflikten, einer Homogenisierung der Gesellschaft in einer biologisch-kulturell bestimmten Zwangsgemeinschaft, die den Kern aller antidemokratischen, antipluralistischen Demokratietheorien ausmacht. Man kann sich ein Parlament nach dem Gusto der NPD recht gut vorstellen: Es beschließt natürlich alle Vorlagen *einmütig und unter großem Beifall*. Das Protokoll notiert: „Langanhaltender, stürmischer Beifall, der in rhythmisches Klatschen übergeht. Hochrufe auf den Vorsitzenden. Die Delegierten haben sich von den Sitzen erhoben und stimmen die Internationale...“ Nun gut – hier müsste es jetzt heißen, die erste Strophe des Deutschlandliedes. Aber ansonsten sind sich Rituale der Versammlungskultur bei Rechts- und Links-

---

<sup>5</sup> Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, S.29. („Wie steht die NPD zum Grundgesetz?“)

<sup>6</sup> NPD-Programm entwurf, S.1 („Grundgedanken“)

extremisten recht ähnlich. Irgendeinen Grund wird es schon haben, dass die NPD vor einigen Jahren verlautbarte, nach dem Krieg sei im Vergleich zu den beiden westlichen Vasallenstaaten BRD und Österreich aus ihrer Sicht die DDR irgendwie das deutschere Deutschland gewesen.<sup>7</sup>

Warum also bewirbt sich eine solche Partei überhaupt um Mandate in einer Institution, die sie von Grund auf verachtet? Schließlich wäre bei einer revolutionär konturierten Partei auch eine gänzlich außer- oder antiparlamentarische Strategie denkbar. Dass ihr das komplizierte Verhältnis von scheinlegaler Wahlbeteiligung und latent am Rande der Verfassung angesiedelter „außerparlamentarischer Opposition“ samt der dazu gehörigen Literaturproduktion der extremistischen Linken geläufig ist, hat sie nicht erst bewiesen, seit sie das Bündnis mit DVU und Kameradschaften auf den Namen „Nationale außerparlamentarische Opposition“ getauft hat. Ihre strategische Trias lautet: „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“ und „Kampf um die Parlamente“. Ursprünglich wurde der „Kampf um die Straße“ für das Primäre gehalten, und Ende 1998 tönte Parteivorsitzender Voigt, erst wenn der Kampf um die Straße entschieden sei, könne der um die Parlamente mit Erfolg geführt werden.<sup>8</sup> Da hat anscheinend ein Gewichtungswechsel stattgefunden: Der „Jungen Freiheit“ erklärte am 24. September 2004 der nach der sächsischen Landtagswahl offensichtlich siegestrunkene Voigt: *„Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die*

---

<sup>7</sup> NPD-Zentralorgan „Deutsche Stimme“, Nr.11 (November) /1998.

<sup>8</sup> Ebenda.

*DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“*

Dies wieder auf die Vorbildfunktion der Nationalsozialisten zurückzuführen, die im Rahmen ihrer Legalitätstaktik ganz Ähnliches erklärten, wäre wohl zu einfach. Der Rest der „alten“ NPD – er ist in den alten Bundesländern noch präsenter als in den neuen – hat in seinem kollektiven Parteigedächtnis die Erinnerung an kräftige Wahlerfolge in den späten 60er Jahren bewahrt. Die NPD zog seinerzeit mit Ergebnissen bis knapp unter 10 Prozent und 68 Abgeordneten in sieben von seinerzeit 11 Landtage ein. Auf kommunaler Ebene verfügte sie über mehr als 400 Mandatsträger. Sich an Wahlen zu beteiligen und die ihnen zufallenden Mandate dann auch in Empfang zu nehmen, ist also mindestens für die „alte“ NPD ein normales Verhalten, das zudem an die „große Zeit“ der Partei erinnert.

Zudem:

Wahlerfolge sind auch funktional im Sinne der NPD-Strategie. Zunächst aus ganz klar pragmatisch-taktischen Gesichtspunkten heraus:

- Sie machen die Partei bekannt, und Dilletantismus der Gegner und öffentliche Hysterie besonders nach dem Einzug in den sächsischen Landtag haben ihr dabei wesentlich geholfen.
- Es winken im Erfolgsfalle üppige Zahlungen aus Wahlkampfkostenerstattung, staatlicher Parteienfinanzierung, Abgeordnetendiäten und Aufwendungen.
- Der Parlamentsbetrieb ermöglicht verbesserte Informationszugänge und gibt Gelegenheit, Kader

sachkundig zu machen und im öffentlichen Auftreten zu schulen.

- Der Erhalt des Parteienstatus ist von einigermaßen regelmäßiger Wahlbeteiligung abhängig. Er sichert das Parteienprivileg: Verboten werden kann nicht durch den Innenminister, sondern nur durch das Bundesverfassungsgericht. Und seit das BVerfG klar kundgetan hat, dass es nicht bereit ist, seine Arbeit auf diesem Felde zu machen, ist der legale Schutzmantel des Parteien- und Abgeordnetenstatus etwas, das sogar die Kameradschaftler zu schätzen wissen.

Und schließlich fördert der Wahlerfolg auch in strategischer Dimension die „Normalisierungsstrategie“ der NPD: Eine Partei mit fünf und mehr Prozent Bevölkerungszustimmung, die nicht verboten ist, kann doch wohl nicht so schlimm sein. Durch die (meistens) Herren Abgeordneten in ihren ordentlich sitzenden Anzügen geht das Image des gewalttätigen Skinhead-Rechtsextremismus allmählich hinter einer freundlicheren Fassade verloren.

Und was hat man tatsächlich von ihnen zu erwarten?

Mit Blick auf die ideologische Ausrichtung der Partei NPD sowie ihre bisherige Praxis in den Landtagen von Dresden und Schwerin ist die Frage nicht allzu schwer zu beantworten. Sie zielt wie die Nazis darauf, die Institution und damit das „System“ zu diskreditieren. Die NSDAP lieferte sich im Parlament regelrechte Schlägereien mit den Kommunisten. Ihre praktische Arbeit, bestand vor fast 40 Jahren ein Standardwerk über die NSDAP, bestand in Agitation, Machiavellismus, in De-

magie ohne sachliches Fundament. Versuche, die NSDAP in Sacharbeit einzubinden, blieben erfolglos.<sup>9</sup>

Ebenso die NPD heute: Schon in seinem erhellenden Interview mit der „Jungen Freiheit“ im September 2004 kündigte Voigt an, man werde im Landtag jede Möglichkeit nutzen, maximal zu polarisieren. Anträge der NPD dienen insofern lediglich der Agitation, sind nicht von konstruktiven Absichten der Problembewältigung und der verantwortlichen Mitgestaltung getragen. Es stört die Partei deshalb auch nicht allzu sehr, wenn ihre Anträge manchmal unzulässig und sachlich fehlerhaft sind, wie in Mecklenburg-Vorpommern geschehen. Die aufwendige, wenig Aufsehen erregende Ausschussarbeit – deutsche Parlamente vollbringen ihren Output wesentlich in solchen Gremien – lehnte NPD-Ideologe Gansel unter Hinweis darauf ab, man wolle sich nicht „ins Hamsterrad“ begeben.

Bei der Einbringung provokativer, ganz offensiv gegen das „System“ gerichteter Anträge und entsprechenden Redebeiträgen hingegen sind die NPD-Fraktionen recht rührig: In der laufenden Legislaturperiode des Schweriner Landtages führt die NPD bei den Ordnungsrufen uneinholbar mit 98 von insgesamt 105, für den Verlust des Rederechts in der Debatte und den Ausschluss aus der Sitzung (insgesamt 14 Fälle) hat sie sich bislang ein glattes Monopol gesichert. All dies sind keine Ausfälle von Hitzköpfen, sondern Ausfluss einer Strategie. Sie zielt, wie die SPD in Mecklenburg-Vorpommern richtig

---

<sup>9</sup> Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Berlin/Wien/ New York 1969, S.204.

festgestellt hat<sup>10</sup>, auf Skandalisierung, Polarisierung und Provokation. Eine Domestizierung im Sinne einer „Entzauberung“ durch „Einbindung in Verantwortung“ ist weder absehbar noch überhaupt zu erwarten. Es ging nicht bei der NSDAP, wie die verheerenden Folgen jenes Appeasement-Versuchs vom 30. Januar 1933 plastisch zeigen. Und es geht auch nicht mit der NPD, die im Wesentlichen eine ähnliche Haltung zur demokratischen Ordnung einnimmt.

Gleichwohl: Zu den Grundprinzipien der Demokratie gehört auch die Chancengleichheit für nicht verbotene Parteien. Diesen Grundsatz zu missachten, würde mehr Schaden anrichten, als sich der Mühe zu unterziehen, das destruktive Wirken der Rechtsextremisten in Parlamenten auf intelligente Art leer laufen zu lassen. Entsprechende Erfahrungen dazu gibt es ja bereits. Und nichts spricht dagegen, das Treiben der Rechtsextremisten in Parlamenten ständig öffentlich zu machen. Das wäre vermutlich der beste Weg, dem Wähler zu verdeutlichen, dass rechtsextremistische Agitatoren im Landtag keine Probleme des Landes lösen, sondern nur einem nutzen: Sich selber.

---

<sup>10</sup> Mathias Brodtkorb/Volker Schlotmann, Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008.



### Über den Autor:

Dr. Rudolf van Hüllen, geb. 1957, Studium der Politischen Wissenschaften, Neueren Geschichte und Jura in Bonn, M.A. 1983, Promotion mit einem Thema zur Parteienforschung 1989. Inzwischen freiberufliche Tätigkeit als Forscher und Dozent vor allem im Bereich der Präventionsarbeit gegen Rechts- und Linksextremismus. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. bei der Konrad-Adenauer Stiftung zur „Strategie und Taktik des ‚modernisierten‘ Rechtsextremismus“ und zuletzt im „Deutschland Archiv“ zur „Neukonstituierung“ der DKP und deren Zusammenhang mit dem Prager Frühling.

Henrik Steglich

## **Die NPD in Sachsen: Ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?**



*„Man wird sich Sachsens einmal als der Keimzelle der nationalen Erneuerung erinnern.“<sup>1</sup>*

Die Stärke bzw. Schwäche des Rechtsextremismus in Deutschland unterliegt erheblichen konjunkturellen und regionalen Schwankungen. So kann man bei der Betrachtung der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik einen wellenförmigen Verlauf erkennen: Auf temporäre Erfolge wie die der NPD Ende der 60er Jahre oder von REP und DVU zwischen 1987 und 1992 folgten Phasen der Bedeutungslosigkeit. Zudem finden wir regionale Schwerpunkte einzelner Akteure und Phänomene: Die erste bedeutende rechtsextreme Partei der Nachkriegszeit, die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), war vornehmlich in den alten Hochburgen der NSDAP in Norddeutschland erfolgreich, der Aufstieg der REP in den 80ern vollzog sich vor allem in Süddeutschland, und die Anfang der 90er Jahre für Aufsehen sorgende Subkultur der Skinheads entwickelte sich in Ostdeutschland überdurchschnittlich stark. Die Situation der NPD in Sachsen fügt sich in dieses Bild ein. Zum einen weil sich mit dem Einzug in den Dresdner Landtag ein neuerliches Erstarren einer über viele Jahre im Niedergang befindli-

---

<sup>1</sup> Der rechtsextreme Publizist Karl Richter nach der sächsischen Landtagswahl in der Deutschen Stimme. Vgl. „Das Fanal von Sachsen“. In: Deutsche Stimme Nr. 10/2004, S. 1.

chen Partei manifestierte. Zum andern weil sich die NPD bislang nirgendwo in derselben Weise wie in Sachsen etablieren konnte.

In meinem Beitrag soll es darum gehen, wie die NPD in Sachsen agiert, auf welche Weise sie dabei Erfolg hat und welches eine angemessene Reaktion darauf sein könnte. Für dieses Vorhaben wird es zunächst notwendig sein, auf den Einzug der Rechtsextremisten in den Sächsischen Landtag im Spätsommer 2004 und die Begleitumstände dieses Ereignisses zu schauen (Abschnitt 1). An diesen Rückblick schließt sich eine aktuelle Bestandsaufnahme der sächsischen NPD an (Abschnitt 2). Hierbei wird es darum gehen, die wichtigsten Aspekte ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit zu beleuchten. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: Hat die NPD in Sachsen auch weiterhin Erfolg und worin zeigt sich dieser? Unbestritten dürfte sein, dass das Erstarken der Rechtsextremisten eine Herausforderung für die Demokratie darstellt und einer angemessenen Reaktion bedarf. Ob eine solche in Sachsen erfolgte bzw. wie sie aussehen müsste, wird in Abschnitt 3 erörtert. Abschließend werde ich einen kurzen Ausblick wagen und einige Überlegungen zur überregionalen Bedeutung der sächsischen NPD-Hochburg sowie zur Übertragbarkeit des dortigen „Erfolgsmodells“ auf andere Kontexte präzisieren (Abschnitt 4).

## 1. Der Erfolg der NPD in Sachsen 2004

Für die NPD bedeutete die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004 die Rückkehr auf die parlamentarische Bühne. Ihr letzter Erfolg bei einem Urnengang auf Landesebene lag dabei immerhin mehr als 36 Jahre zurück.<sup>2</sup> Für die zwischenzeitlich in der Bedeutungslosigkeit versinkende NPD waren die 9,2 Prozent Zustimmung in Sachsen demnach ein phänomenales Ergebnis. Sie erzielte nur unwesentlich weniger Stimmen als die SPD und zog mit zwölf Abgeordneten in den Landtag ein (Vgl. Abbildung 1). Wie hatte es dazu kommen können?

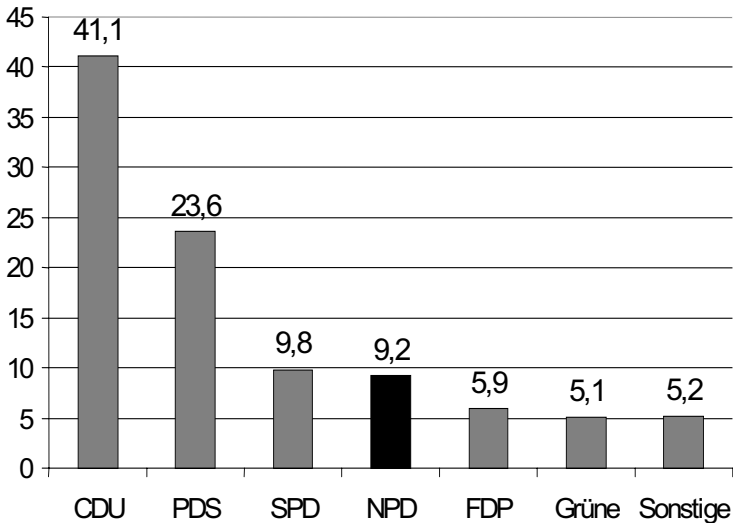
Einen ersten Ansatzpunkt zur Beantwortung dieser Frage liefert ein Blick auf die politische Stimmungslage im Herbst 2004. Die NPD profitierte in einem hohen Maße von der Themenagenda anlässlich der Wahlen in Sachsen. Der Fokus des öffentlichen Interesses lag im Vorfeld des Urnengangs ganz klar auf dem Reformprojekt der Bundesregierung unter dem Schlagwort „Hartz IV“. Die geplante Umgestaltung des Sozialstaats stieß dabei auf massiven Protest. In vielen Städten kam es beispielsweise zu sogenannten Montagsdemonstrationen, die ihren Höhepunkt im Herbst 2004 erreichten.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Landtagswahl vom 28.4.1968 in Baden-Württemberg, bei der die NPD 9,8 Prozent erzielte. Vgl. Hoffmann 1999, S. 113f.

<sup>3</sup> Vgl. Eichhorst/Sesselmeier 2006, S. 9 und S. 23-26.

**Abbildung 1: Stimmenanteile der Parteien bei der Landtagswahl vom 19.9.2008 in Sachsen**



Die NPD konzentrierte sich nun geschickt darauf, diese Stimmung einzufangen. Ihr zentrales Wahlkampfplakat titelte „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“. In diese Kampagne wurden zudem gezielt regionale Besonderheiten eingeflochten. So wurden die Befürchtungen vieler Menschen in den grenznahen Regionen Sachsens angesichts der anstehenden EU-Osterweiterung mit dem Plakat „Grenze dicht für Lohndrücker“ aufgegriffen. Um diese Protestparolen herum entwarf die NPD ein Wahlprogramm, welches stark von sozialpolitischen Fragestellungen geprägt war. Forderungen nach Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, einer Einheits-Kranken- und Rentenversicherung sowie der Einführung eines Mütter- und Erziehungsgebhalts nahmen darin brei-

ten Raum ein.<sup>4</sup> Diese für rechtsextreme Parteien nicht eben typische Fokussierung auf sozialpolitische Themen war einer der Schlüssel zum Erfolg.<sup>5</sup>

Hinzu kam ein zweiter wichtiger, die NPD begünstigender Faktor. Es handelt sich um die eklatante Schwäche der Etablierten in Politik und Gesellschaft. Der NPD-Erfolg muss meines Erachtens auch als Folge des noch nicht abgeschlossenen Transformationsprozesses in Ostdeutschland interpretiert werden. Die Rechtsextremisten profitieren von schwachen demokratischen Parteien und einer nur wenig entwickelten Zivilgesellschaft.<sup>6</sup> Demokratische Strukturen und Einstellungen sind in den neuen Bundesländern noch nicht ausreichend gefestigt. So verfügen die etablierten Parteien dort über eine deutlich geringere Verankerung als in den westlichen Bundesländern.<sup>7</sup> In Regionen wie der Sächsischen Schweiz haben die Etablierten eine Lücke hinterlassen, in welche die Rechtsextremisten stoßen können.

Die Ausnutzung dieser Situation gelang der NPD aber nur, so meine dritte These zu ihrem Erfolg in Sachsen, weil sie eigene Stärken in die Waagschale werfen konnte. Diese werden am besten mit den Begriffen organisatorische und soziale Verankerung umschrieben. Die NPD verfügte in Sachsen bereits vor der Landtagswahl über einen starken Landesverband, eine flächendeckende

---

<sup>4</sup> Zum Wahlkampf der NPD vgl. Steglich 2005, S. 31-38.

<sup>5</sup> Vgl. zum Zusammenhang zwischen NPD-Erfolg und dem Thema „Hartz IV“ v.a. Steglich 2005; Räther 2007; Hentges/Wiegel 2008, S. 146-155.

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch Borstel 2005; Backes 2007.

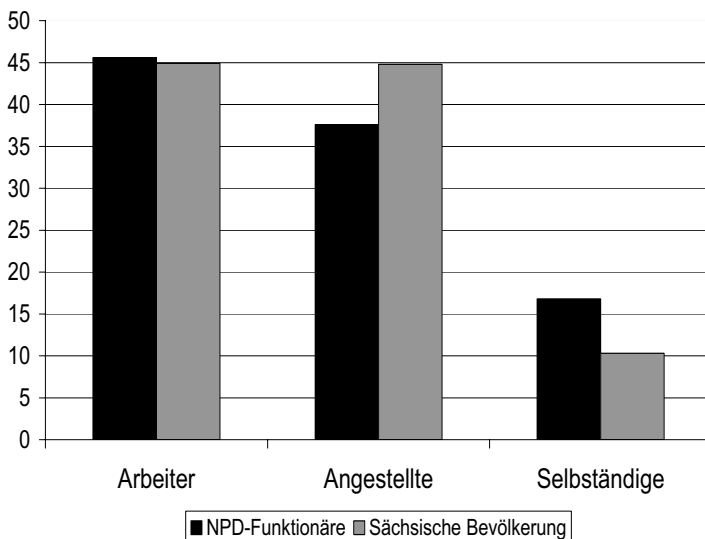
<sup>7</sup> Vgl. Grabow 2000.

Struktur von Kreisverbänden und eine recht hohe Zahl kommunaler Mandatsträger. Das politische Personal der Partei zeichnete sich zudem durch sein Sozialprofil aus.<sup>8</sup> Bemerkenswert sind diesbezüglich vor allem die Daten zum Erwerbsstatus der sächsischen NPD-Funktionäre. In ihren Reihen finden wir eine überdurchschnittliche Zahl selbständiger Unternehmer (vgl. Abbildung 2). Es handelt sich bei ihnen beispielsweise um Gastwirte oder Handwerksmeister. Aus diesem Umstand ergeben sich für die NPD zwei große Vorteile. Zum einen kann man wahrscheinlich davon ausgehen, dass unternehmerisch tätige Menschen insgesamt eher aktive Personen mit Führungseigenschaften sind. Das heißt, sie bringen Kreativität, Eigeninitiative und Engagement als Grundvoraussetzungen auch von politischer Arbeit mit. Zum zweiten kommen Selbständige oft mit mehr Menschen in Kontakt als z. B. ein Fließbandarbeiter. Sie stellen nicht selten Mitglieder der Gesellschaft mit einem hohen Sozialprestige dar. Und sie werben durch dieses Ansehen unter Umständen auch für ihr politisches Anliegen. Die Personen, welche die NPD in Sachsen zum Teil vor Ort hat, wirkten auf die Bevölkerung nicht durch ihre letztlich sicher absurden ideologischen Vorstellungen, sondern durch die Normalität, Seriosität und Bürgerlichkeit ihres Erscheinungsbildes. Die NPD-Funktionäre mussten in Sachsen nicht erst „in die Mitte der Gesellschaft“ vordringen, sie befanden sich bereits dort.

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu ausführlich Steglich 2005, S. 81-92

**Abbildung 2: Erwerbsstruktur von sächsischen NPD-Funktionären und sächsischer Bevölkerung im Vergleich<sup>9</sup>**



Zusammenfassend kann festgestellt werden: Der Erfolg der NPD in Sachsen im Jahr 2004 ergab sich aus einem Zusammentreffen von für die Partei günstigen Umständen sowie einer geschickten Ressourcenkonzentration und dem Auspielen eigener Stärken durch die Rechtsextremisten. Die vorteilhaften Rahmenbedingungen sind insbesondere in der Anti-Hartz-IV-Stimmung und in den Schwächen von etablierten Parteien und Zivilgesellschaft zu suchen. Hinsichtlich der Stärken der NPD ist auf einen (vergleichsweise!) mitgliederstarken, flächendeckend

---

<sup>9</sup> Berücksichtigt wurden nur Erwerbspersonen, also keine Rentner, Arbeitslose, Schüler usw. Datengrundlage NPD-Funktionäre: eigene Erhebung (vgl. Steglich 2005, S. 81-92), Datengrundlage sächsische Bevölkerung: Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen (<http://www.statistik.sachsen.de/>).



präsenen und nicht zerstrittenen Landesverband hinzuweisen, der über Jahre kontinuierlich aufgebaut worden war. Hinzu kam in gewissem Maße fähiges und sozial verankertes Personal. Die Partei hatte in Sachsen seit 1999 einen kommunalpolitischen Vorlauf und wurde im Wahlkampf 2004 massiv von Seiten der Bundespartei und anderen Landesverbänden unterstützt.

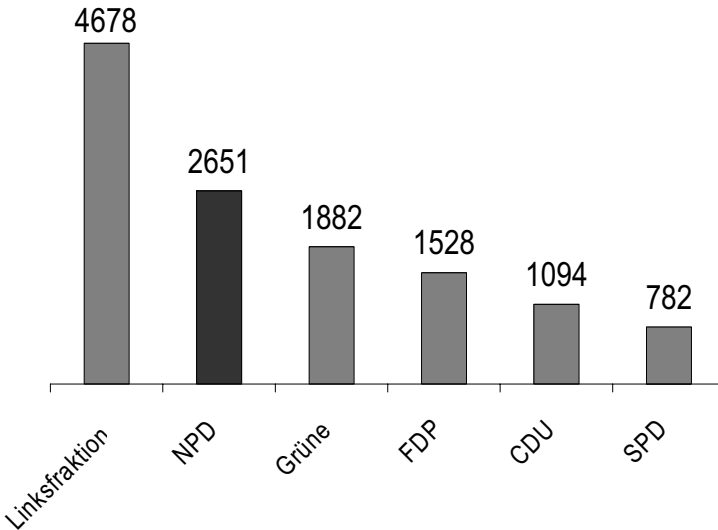
## **2. Die sächsische NPD seit 2004**

Wie aber sieht die weitere Entwicklung aus? Wahlerfolge von Rechtsextremisten zeichnen sich häufig durch ihre Kurzfristigkeit aus. Zu denken ist beispielsweise an die DVU in Sachsen-Anhalt, die 1998 mit mehr als 12 Prozent in den Landtag einzog und sich danach innerhalb kürzester Zeit selbst demontierte. Es ist zu fragen, ob in Sachsen etwas anderes, etwa eine längerfristige Hochburg der Rechtsextremisten entsteht. Gelingt es der NPD, ihren Erfolg zu verstetigen und damit ein neues rechtsextremistisches Modell zu etablieren? Zur Beantwortung dieser Frage soll das Agieren der Partei seit dem Herbst 2004 betrachtet werden.

Im Landtag fällt zuallererst auf, dass die NPD eine recht fleißige Partei ist. Die Zahl der von ihr eingebrachten parlamentarischen Initiativen ist hoch (vgl. Abbildung 3). Nur die Linksfraktion, welche allerdings auch um einiges größer ist, hat bisher mehr Anträge, Anfragen und Gesetzesinitiativen produziert. Die Fleißarbeit der NPD lässt sich im Übrigen auch an ihrer Öffentlichkeitsarbeit ablesen. Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag hat die Fraktion mehr als 700 Pressemitteilungen veröffent-

licht.<sup>10</sup> Ihr Internetauftritt ist professionell gemacht und wird regelmäßig aktualisiert.

**Abbildung 3: Zahl der in den Sächsischen Landtag eingebrachten parlamentarischen Initiativen<sup>11</sup>**



Inhaltlich bietet die NPD in Sachsen ein breites Spektrum. Damit hebt sie sich von gängigen Mustern der Arbeit rechtsextremer Parteien in Parlamenten ab. Häufig ist bei diesen nämlich eine Fixierung auf wenige Kernthemen wie Ausländer, Kriminalität und Etabliertenkritik

---

<sup>10</sup> Stand September 2008. Vgl. Homepage der NPD-Fraktion unter <http://npd-fraktion-sachsen.de/>

<sup>11</sup> Stand 21.9.2008. Datengrundlage: Angaben des Sächsischen Landtags (Parlamentsdokumentation). Vgl. <http://edas.landtag.sachsen.de/>

festzustellen.<sup>12</sup> Die NPD hat sich in Sachsen sowohl was ihre parlamentarische Arbeit angeht als auch was ihre Selbstdarstellung nach außen betrifft weit davon entfernt. In der Mehrzahl bringt sie Anträge und Initiativen in den Landtag ein, die auf den ersten Blick nicht typisch für Rechtsextremisten sind. Sie befasst sich in erster Linie mit sozialen Fragen, mit dem Thema Umwelt sowie mit Problemen regionaler Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung. Ein typischer NPD-Antrag im Sächsischen Landtag lautet, die Staatsregierung möge ein Naturschutzprojekt in der Lausitz vorantreiben, um die strukturschwache Region für Touristen attraktiver zu machen.<sup>13</sup>

Ein weiterer Erfolg der NPD dürfte sein, dass sie eine für ihre Verhältnisse recht hohe Medienresonanz erfährt. Seit dem Einzug in den Dresdner Landtag hat sich die journalistische Berichterstattung immer wieder ausgiebig mit der Partei, gerade in ihrer sächsischen Hochburg, befasst. Dabei konnte die NPD durchaus Erfolge für sich verbuchen. Im Fokus des öffentlichen Interesses stand beispielsweise, dass bei der Wahl zum sächsischen Ministerpräsidenten zwei Abgeordnete der etablierten Parteien für den NPD-Kandidaten stimmten.<sup>14</sup> Ähnliches ereignete sich bei der Abstimmung über die Person der Aus-

---

<sup>12</sup> Vgl. zur Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien in Deutschland z.B. Hafener 1995; Butterwegge u.a. 1997; Schmidt 1997; Hoffmann 2000; Obszerninks/Schmidt 2001; Beier u.a. 2006; Demuth u.a. 2007.

<sup>13</sup> Vgl. z.B. Antrag der NPD vom 21.12.2004 „Naturschutzprojekt Lausitzer Seenland“. Drucksache des Sächsischen Landtags Nr. 4/0403.

<sup>14</sup> Vgl. FAZ vom 11.11.2004, S. 1.

länderbeauftragten.<sup>15</sup> Eine Zeitlang sah es ganz so aus, als könnten die Rechtsextremisten die demokratischen Parteien vor sich hertreiben.<sup>16</sup>

Allerdings bietet die Medienpräsenz der NPD auch Anhaltspunkte dafür, von Fehlschlägen für die Partei zu sprechen. Gescheitert ist sie zum Beispiel mit dem Versuch, ihre sachpolitischen Positionen zu vermitteln. Berichtet wird über die NPD in der Presse nämlich nicht anhand der Inhalte ihrer parlamentarischen Initiativen. Neben den oben erwähnten Fällen von Zustimmung aus anderen Parteien für NPD-Kandidaten bei geheimen Abstimmungen, haben fast ausschließlich Skandale und Misserfolge der rechtsextremistischen Fraktion Eingang in die Medien gefunden. Das markanteste Beispiel hierfür ist sicher die Landtagssitzung vom 21. Januar 2005, als der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel in Bezug auf die Bombardierung der sächsischen Landeshauptstadt im Zweiten Weltkrieg von einem „Bomben-Holocaust“ sprach. Zuvor hatten die Abgeordneten seiner Partei eine Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus verweigert. Die mit diesem bewussten Tabubruch einhergehende Empörung sicherte der NPD zwar bundesweite Schlagzeilen. Es handelte sich allerdings um Schlagzeilen, welche die Partei eindeutig in ein schlechtes Licht rückten und wenig geeignet waren, ihr Sympathisanten zuzuführen.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> Vgl. FAZ vom 10.12.2004, S. 4.

<sup>16</sup> Vgl. Brech 2007, S. 172f.

<sup>17</sup> Vgl. z. B. „NPD-Skandal in Dresden: Empörung über Holocaust-Vergleich.“ In Spiegel Online vom 21.1.2005 in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,337958,00.html> (Zugriff 30.10.2008).

Insgesamt ist zu beachten, dass die NPD Provokationen und Schlagzeilen braucht, um Beachtung zu finden.<sup>18</sup> Die sich seriös gebende und sachlich argumentierende NPD findet in der Öffentlichkeit nicht statt. Präsentiert werden vielmehr die abschreckenden Auftritte der Partei und ihr Versagen. Ursächlich hierfür sind die Mechanismen der medialen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland. Journalisten folgen gegenüber allen Positionen und Personen von Rechtsaußen stetig der Prämisse „ausgrenzen oder entlarven“. Es gehört zum Selbstverständnis der Berufsgruppe, dass über Rechtsextremismus nicht einfach nur berichtet werden kann, sondern immer auch ein Beitrag zu seiner Bekämpfung geleistet werden muss.<sup>19</sup> Auf das in den Medien vermittelte Negativbild der NPD wirken sich natürlich auch die Streitigkeiten, Austritte und Ausschlüsse innerhalb oder aus der Landtagsfraktion aus. Von solchen blieb die NPD in Sachsen nämlich nicht verschont. Sie gibt insgesamt zwar ein deutlich weniger desolates Bild als z. B. die DVU-Fraktionen in Sachsen-Anhalt oder Bremen<sup>20</sup> ab, dennoch waren erhebliche Rückschläge zu verzeichnen. Von den ursprünglich zwölf Abgeordneten, mit denen die NPD in den Landtag einzog, finden wir heute nur noch

---

<sup>18</sup> Vgl. Selzner 2006.

<sup>19</sup> Vgl. Widmann 2000; Pfeiffer/Jansen/Stegmann/Tepper 2002; Widmann 2005; Schellenberg 2005. Besonders deutlich wird diese Intention in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Berichterstattung über Rechtsextremismus im öffentlich rechtlichen Fernsehen: „Das Engagement der Journalisten gegen Rechts ist umfassend.“, Oehmichen/Horn/Mosler 2005, S. 160.

<sup>20</sup> Vgl. zu den desolaten Zuständen bei der DVU in Sachsen-Anhalt Holtmann 2002, S. 89-97 und Hoffmann 2000; zu denen in Bremen Butterwegge/Meier 1997, S. 88-93; Obszerninks/Schmidt 1998, S. 60-63.

sechs in der Fraktion.<sup>21</sup> Drei Parlamentarier verließen Partei und Fraktion im Streit um die Kompetenzen und programmatischen Schwerpunkte innerhalb der NPD-Strukturen; ein Abgeordneter verstarb; ein weiterer wurde ausgeschlossen, weil er seiner Partei durch sein Auftreten offensichtlich mehr schadete als nutzte; und ein Abgeordneter legte sein Mandat nieder, als er mit Vorwürfen konfrontiert wurde, kinderpornographisches Material besessen zu haben.

Gemessen an der Funktion, die einer Landtagsfraktion in einer parlamentarischen Demokratie zukommt, ist der Ertrag der NPD äußerst gering. Sie ist isoliert und hat keinerlei Aussichten, Mehrheiten für ihre Positionen zu gewinnen. Eine Rolle als Opposition vermag sie nicht auszufüllen, weil ihr hierzu das wichtigste Instrument, die Öffentlichkeit, fehlt. Der größte Erfolg für die NPD-Fraktion scheint, wenn man die Maßstäbe parlamentarischer Arbeit anlegt, ihre bloße Existenz zu sein. Um die Erfolgsträchtigkeit des Modells sächsische NPD zu prüfen, bedarf es aber noch anderer analytischer Kategorien als jener, mit denen normale Parteien gemessen werden. Die NPD sieht sich selbst als Bewegung, ihre parlamentarischen Aktivitäten sind nur ein Mittel zum Zweck.<sup>22</sup> Es geht ihr nicht darum, ihre Inhalte auf herkömmliche Weise in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen, um Mehrheiten zu ringen, Bündnispartner zu finden, Kompromisse auszuhandeln und diese dann in

---

<sup>21</sup> Stand Oktober 2008.

<sup>22</sup> Vgl. zum strategischen Konzept der NPD aus Sicht der Partei selbst: Voigt 1999; Backes 2005. Zur Auseinandersetzung mit diesen Überlegungen vgl. Sprado 2002; Miliopoulos 2007; Kohlstruck 2007; Treß 2007.

der Gesetzgebung umzusetzen. Ihr kann es auch gar nicht darum gehen, denn dieses Ziel wäre angesichts der breiten Ablehnungsfront, die ihr gegenübersteht, unrealistisch. Die NPD kann höchstens versuchen, bestimmte Themen zu besetzen und die Etablierten im besten Falle zwingen, sich dieser Themen anzunehmen.

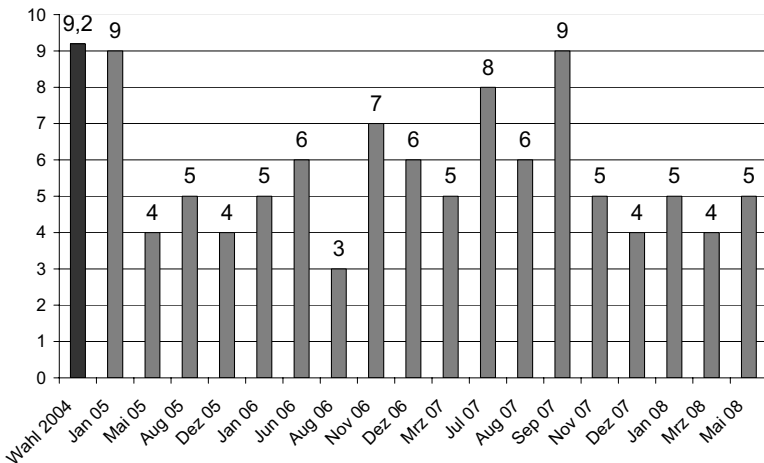
Außerhalb dieser Beschränktheit der konventionellen Möglichkeiten bestehen aber durchaus viele Handlungsoptionen. Wenn man versteht, dass die Landtagsfraktion für die NPD in erster Linie ein Instrument ist, erkennt man auch die Erfolgsträchtigkeit ihres Handelns. Die Rechtsextremisten stellen dabei zwei Strategien in den Mittelpunkt. Zum einen versuchen sie durch Provokationen öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Zum anderen nutzen sie die Möglichkeiten, die ihnen die Landtagsfraktion bietet, um ihre Verankerung in der Region auszubauen. Mit der ersten Vorgehensweise machen sie sich die oben bereits angesprochenen Mechanismen der deutschen Medienlandschaft im Umgang mit dem Rechtsextremismus zunutze. Die NPD provoziert zum Teil bewusst Eklats, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen.<sup>23</sup> Der Sächsische Landtag erweist sich für sie dabei als ideale Bühne. Zur Stärkung ihrer Verankerung in der Fläche erweisen sich für die NPD die Ressourcen der Landtagsfraktion als äußerst hilfreich. So konnten lokale Parteikader als bezahlte Vollzeitkräfte eingestellt sowie Broschüren und andere Werbematerialien in hoher Stückzahl und höherer Qualität als bislang produziert werden.

---

<sup>23</sup> Vgl. Selzner 2006, S. 53-55.

Die Frage, ob diese Vorgehensweisen der NPD erfolgversprechend sind, hängt in hohem Maße von der Reaktion der etablierten politischen und gesellschaftlichen Kräfte ab, die im nächsten Abschnitt behandelt werden. Verschiedene Indikatoren scheinen jedoch dafür zu sprechen, der NPD eine zumindest mittelfristig erfolgreiche Verankerung in Sachsen zu bescheinigen. In Umfragen erfährt sie eine recht konstante Zustimmung von etwa fünf Prozent der Befragten (Vgl. Abbildung 4). Der Ausbau regionaler Strukturen schreitet voran. So zog die Partei bei den Kommunalwahlen vom 8. Juni 2008 in alle sächsischen Kreistage ein (Vgl. Tabelle 1).

**Abbildung 4: Entwicklung der Umfragewerte für die sächsische NPD seit der Wahl 2004<sup>24</sup>**



<sup>24</sup> Aufgeführt sind die Ergebnisse aller bekannten Umfragen seit der Landtagswahl 2004. Abgetragen werden jeweils die Stimmanteile der NPD bei der sog. Sonntagsfrage. Quelle: <http://www.wahlrecht.de/> (Zugriff 30.10.2008).



**Tabelle 1: Abschneiden der NPD bei den Kreistagswahlen 2008<sup>25</sup>**

<b>Kreis</b>	<b>Stimmanteil</b>	<b>Mandate</b>
Sächsische Schweiz	7,5	6
Meißen	5,7	5
Erzgebirgskreis	5,7	5
Görlitz	5,5	5
Bautzen	5,5	5
Mittelsachsen	4,7	4
Nordsachsen	4,7	4
Leipzig	4,7	4
Vogtlandkreis	3,6	3
Zwickau	3,3	3

### **3. Reaktionen**

Die Erfolge der NPD in Sachsen können nicht losgelöst von den Reaktionen auf die Rechtsextremisten betrachtet werden. Ein gutes Beispiel hierfür lässt sich bereits in unmittelbarer Folge des Wahlergebnisses vom 19. September 2004 finden. Am Wahlabend waren die Spitzenkandidaten aller über die 5-Prozent-Hürde gesprungenen Parteien zu einer Gesprächsrunde der ARD geladen. Die Reaktion der Etablierten auf die Rechtsextremisten fiel dabei eindeutig aus. In dem Moment, als das Wort an den NPD-Vertreter Holger Apfel gegeben wurde, verließen alle anderen Politiker das Fernsehstudio. Sie wollten damit demonstrieren, dass die NPD ein nicht zu akzeptie-

---

<sup>25</sup> Quelle: Amtliche Wahlstatistiken.

render Gesprächspartner ist. Dieses Handeln kann als Symbolpolitik bezeichnet werden. Derartige Symbolpolitik nutzt den Rechtsextremisten allerdings eher, als dass sie ihnen schadet. Sie erlaubt es der NPD, eine Märtyrerrolle einzunehmen und sich als Protestpartei zu profilieren.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Absprache zwischen den Fraktionen des Sächsischen Landtags zu sehen. Im Januar 2005 gaben CDU, PDS, SPD, FDP und Grüne eine gemeinsame Erklärung ab.<sup>26</sup> In dieser verständigte man sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die NPD und z. B. darauf, dass auf Anträge der Rechtsextremisten jeweils nur ein Vertreter der Regierungs- bzw. Oppositionsparteien antworten solle. Auf diese Weise sollte die NPD öffentlichkeitswirksam als nicht-normale Fraktion gekennzeichnet werden. Kontraproduktiv können sich derartige Vorgehensweisen insofern auswirken, als der Eindruck entstehen könnte, es gäbe keine Argumente gegen die Rechtsextremisten. Der NPD erleichtert dies das politische Geschäft. Ihre eigentlich absurde These, es gäbe ein „Parteienkartell“ und keine Unterschiede zwischen den Etablierten, könnte in den Augen der Bürger an Plausibilität gewinnen. Durch symbolisches und pauschales Ignorieren oder Ausgrenzen wird es der NPD erleichtert, sich als einzig wahre Opposition und als „Stachel im Fleisch des Establishments“ darzustellen.

Eine weitere Vorstellung über die Art des Umgangs mit der NPD, die aus meiner Sicht verfehlt ist, ist jene, jedes Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sei er-

---

<sup>26</sup> Vgl. Brech 2007, S. 173.

laubt. Hier ist jedoch Vorsicht geboten. Die Demokratie darf bei der Bekämpfung von Extremisten nicht ihre eigenen Prinzipien aufgeben. Häufig wird beispielsweise zur Blockade von Demonstrationen der NPD aufgerufen, obwohl diese genehmigt sind. Zwar sind NPD-Aufmärsche zweifellos eine äußerst unangenehme Sache, jedoch wird mit einer widerrechtlichen Blockade letztlich ein Grundrecht, nämlich das der Versammlungsfreiheit, eingeschränkt. Eine bedenkliche Grenze wird spätestens dann überschritten, wenn Gegendemonstranten gewalttätig werden, wenn Anschläge auf Personen oder deren Eigentum verübt werden. Rechtsbrüche und Gewalt dürfen auch dann nicht gutgeheißen werden, wenn sie sich gegen Rechtsextremisten richten. Hinzugefügt werden muss, dass derartige Vorgehensweisen wiederum der NPD in die Hände spielen. Verstöße gegen die Grundprinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erlauben es den Rechtsextremisten, die freiheitliche demokratische Grundordnung in Misskredit zu bringen.

Leider überwiegen in der Auseinandersetzung mit der NPD noch immer die eben beschriebene Symbolpolitik bzw. fragwürdige Überreaktionen. Hingegen kommt die inhaltliche Auseinandersetzung zu kurz. Natürlich muss die Partei als extremistische, unserer freiheitlichen Ordnung feindlich gegenüberstehende Organisation offensiv bekämpft werden. Die Abgrenzung zu und die Auseinandersetzung mit ihr sollten allerdings argumentativ sauber und rechtsstaatlich einwandfrei geführt werden. Wichtig ist beispielsweise nicht die (symbolische) Ablehnung eines NPD-Antrags im Parlament. Wichtig ist vielmehr die Begründung für seine Ablehnung. Die schärfste

Waffe gegen Extremisten ist in einer funktionierenden Demokratie das bessere Argument.

Gerade im Hinblick auf die zuvor erörterten Strategien der NPD in Sachsen erweist sich Symbolpolitik als denkbar ungeeignetes Mittel. Die NPD will die Etablierten provozieren und vorführen. Das gelingt ihr eher, wenn sie mit vorgefertigten Empörungs- und Ausgrenzungsritualen konfrontiert wird. Und die Rechtsextremisten wollen sich in der Provinz verankern. Daran werden sie nicht gehindert, wenn eine kontinuierliche und sachliche Auseinandersetzung vernachlässigt wird. Den durchaus festzustellenden Fortschritten der NPD bei der Verankerung in den ländlichen Regionen ist nicht mit sporadischen Demonstrationen, Konzerten, Initiativen usw. „gegen Rechts“ beizukommen. Notwendig ist vielmehr ein beharrliches Eintreten für demokratische und freiheitliche Werte im Alltag.

#### **4. Ausblick**

Welche Bedeutung hat das „Erfolgsmodell Sachsen“ nun für die NPD insgesamt und lässt es sich möglicherweise auf andere Bundesländer übertragen? Zunächst ist festzuhalten, dass die NPD von ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag bundesweit enorm profitiert hat. Seit 2004 steht die Partei quasi ununterbrochen im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Sie befand sich bis zu diesem Jahr eher im Abschwung und schaffte mit dem Erfolg in Sachsen eine Trendumkehr. Seitdem verzeichnet sie bei Wahlen auf allen Ebenen kontinuierliche Zugewinne. Sich anschließende Erfolge wie der Einzug in den Landtag von

Mecklenburg-Vorpommern wären ohne die Ressourcen der Dresdner Fraktion vielleicht gar nicht möglich gewesen.

Allerdings ist das Modell Sachsen nicht beliebig auf andere Kontexte übertragbar. Zum einen konnte die NPD 2004 günstige Rahmenbedingungen nutzen, auf welche sie selbst keinen Einfluss hatte. Die Debatte über die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen verschafften ihr einen idealen Resonanzboden zur Führung eines Wahlkampfes unter dem Zeichen des Sozialprotests. Wenn andere Themen auf der Tagesordnung stehen, wird es der NPD schwer fallen, eine ähnlich hohe Mobilisierung zu erreichen.

Zum andern fehlen den Rechtsextremisten in der Mehrzahl der Bundesländer die eigenen Organisationsstrukturen, die in Sachsen und zumindest in Ansätzen in Vorpommern ihren Erfolg bedingten. Wenn wir uns beispielhaft die NPD in Thüringen anschauen, so ist wenig vom sächsischen Erfolgsmodell erkennbar. Der thüringische Landesverband ist organisatorisch nicht in der besten Verfassung, es gibt Streitigkeiten und Abspaltungstendenzen. Zudem gibt es keinen kommunalpolitischen Vorlauf. Die NPD ist in Thüringen bislang in keinem einzigen Kommunalparlament vertreten. Dies wird auch nicht über Nacht zu ändern sein. Alle Studien zum Agieren von rechtsextremen Parteien in den Regionen sagen uns, dass es für einen Erfolg auf die jeweils handelnden Personen ankommt.<sup>27</sup> In Sachsen finden wir eine Häufung von kompetentem und sozial vorzeigbarem Personal. In Thüringen ist ähnliches derzeit nicht in Sicht.

---

<sup>27</sup> Vgl. Demuth u. a. 2007, Beier u. a. 2006.

Allerdings zeigt das Beispiel Sachsen eben auch, dass diese Momentaufnahme kein Grund zum Zurücklehnen ist. Über viele Jahre war die NPD auch dort weit von einem Erfolg entfernt. Im Hintergrund hat sich jedoch eine kontinuierliche und besorgniserregende Verstärkung rechtsextremistischer Strukturen vollzogen. Das zeigt: Von Bedeutung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist nicht so sehr das Scheinwerferlicht von Großereignissen, sondern die beharrliche Stärkung der Demokratie im Kleinen. Der NPD in Thüringen wird ein Erfolg bei der kommenden Landtagswahl nur unter für sie extrem günstigen Umständen gelingen. Die Auseinandersetzung mit ihr und anderen rechtsextremistischen Strukturen sollte jedoch nicht von dem heute nicht absehbaren Ausgang dieses Ereignisses abhängig gemacht werden.

## Literatur

Backes, Uwe (2005): Dokumentation 2004. In: ders./Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 17. Baden-Baden: Nomos, S. 124-141.

Backes, Uwe (2007): Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland. In: Totalitarismus und Demokratie 4 (1), S. 17-43.

Beier, Katharina u.a. (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald: Steinbecker Verlag.

Borstel, Dierk (2005): Zukunftsperspektiven der demokratischen Kultur in Ostdeutschland: Zur Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Die neue rechte Herausforderung: Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 59-67.

Brech, Franziska (2007): Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode. In: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hg.): Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos, S. 167-174.

Butterwegge, Christoph u.a. (1997): Rechtsextremisten in Parlamenten: Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen: Leske + Budrich.

Butterwegge Christoph/Meier, Lüder (1997): Bremen - das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für die extreme Rechte (1951/52, 1967-1971, 1987-1995). In: Christoph Butterwegge u.a., Rechtsextremisten in Parlamenten: Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen: Leske + Budrich, S. 55-148.

Demuth, Christian u.a. (2007): Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens. In: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hg.): Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos, S. 175-207.

Eichhorst, Werner/Sesselmeier, Werner (2006): Die Akzeptanz von Arbeitsmarktreformen am Beispiel von Hartz IV. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Grabow, Karsten (2000): Abschied von der Massenpartei: Die Entwicklung der Organisationsmuster von SPD und CDU seit der deutschen Vereinigung. Wiesbaden: Dt. Universitäts-Verlag.

Hafeneger, Benno (1995): Politik der „extremen Rechten“: eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.

Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd (2008): Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland. In: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 143-185.

Hoffmann, Jürgen (2000): Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 12. Baden-Baden: Nomos, S. 240-252.

Hoffmann, Uwe (1999): Die NPD: Entwicklung, Ideologie und Struktur. Frankfurt a.M.: Lang.

Kohlstruck, Michael (2007): Alte Ziele und neue Strategien der NPD. In: [http://www.mit-courage.de/uploads/media/NPD-Strategie\\_Kohlstruck.pdf](http://www.mit-courage.de/uploads/media/NPD-Strategie_Kohlstruck.pdf)

Miliopoulos, Lazaros (2007): Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD. In: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hg.): Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos, S. 121-141.

Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias (1998): DVU im Aufwärtstrend - Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategie. Münster: Agenda-Verlag.

Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias (2001): Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken : Eine Dokumentation. Hamburg: Hamburger Landeszentrale für politische Bildung.

Oehmichen, Ekkehardt/Horn, Imme/Mosler, Sylvia (2005): Rechtsextremismus und Fernsehen: Inhalts- und Rezeptionsanalysen der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 1: Ergebnisse der Recherche. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung, S. 146-207.

Pfeiffer, Thomas/Jansen, Kerstin/Stegmann, Tim/Tepper, Sandra (2002): Vom Aufstand der anständigen Presse: Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen. In: Christoph But-



terwegge (Hg.), Themen der Rechten – Themen der Mitte: Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen: Leske+Budrich, S. 267-288.

Räther, Dennis (2007): Die sozialpolitische Konzeption der NPD in den neuen Bundesländern am Beispiel Sachsen. Berlin: Staatsexamensarbeit FU Berlin.

Schellenberg, Britta (2005): Rechtsextremismus und Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2005, S. 39-45.

Schmidt, Matthias (1997): Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien: Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Münster: Agenda-Verl.

Selzner, Guido (2006): Trommler ohne Widerhall? Die Medienstrategie rechtsextremistischer Parteien. In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Extremismus und Terrorismus im Zeitalter der Informationsgesellschaft: Publikation der Vorträge des 5. Symposiums des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 4. Dezember 2006. Köln, S. 41-55.

Sprado, Werner (2002): Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD): Strategie und Taktik einer verfassungsfeindlichen Partei. In: Heinz Lynen von Berg/Hans-Jochen Tschiche (Hg.), NPD - Herausforderung für die Demokratie. Berlin: Metropolis, S. 31-44.

Steglich, Henrik (2005): Die NPD in Sachsen: Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004. Göttingen: V&R unipress.

Treß, Werner (2007): Strategie und Taktik der NPD und ihres neonazistischen Umfeldes in Brandenburg. In: Julius Schoeps u.a. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg: Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg, S. 137-148.

Voigt, Udo (1999): Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Holger Apfel (Hg.), Alles Große steht im Sturm: Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart: Deutsche Stimme-Verlag, S. 469-475.

Widmann, Peter (2000): Die Aufklärungsfalle: Wem der Entlarvungsjournalismus nutzt. In: Wolfgang Benz (Hg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch-Verlag.

Widmann, Peter (2005): Entscheidungsschlachten am Bildschirm: Extremistische Provokateure und journalistische Routinen. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Band 14. Berlin: Metropol, S. 99-109.

## Über den Autor

Henrik Steglich, geb. 1978, Studium der Geographie, später der Geschichts- und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden, M. A. 2005, Dissertation zu dem Thema „Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutschland“, Publikationen (Auswahl): Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004. Göttingen: V&R Unipress, (Hg. zusammen mit Uwe Backes) Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos.

Dr. Dietmar Molthagen

## **Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten und Kommunen**



### **Inhalt:**

- I. Die Kommune als Ort der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus
- II. Ergebnisse einer Studie der FES zu rechtsextremen Fraktionen in Kommunalparlamenten
- III. Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus
- IV. Praxisbeispiele
- V. Fazit

### **I. Einleitung: Die Kommune als Ort der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus**

Wenn Rechtsextremismus konkret wird, passiert immer etwas an bestimmten Orten – also in Kommunen: Seien es Demonstrationen von rechtsextremen Anmeldern, Info-Stände, Konzerte oder Gewalttaten, immer steht eine Kommune vor der Herausforderung, reagieren zu müssen. Und gleichzeitig stellt sich die Frage, wie eine erneute rechtsextreme Aktivität möglicherweise präventiv verhindert werden kann. Die Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren dabei zum Hauptschauplatz der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entwickelt. Zum einen konzentrieren hier rechtsextreme

Parteien und Organisationen ihre Kräfte, mit dem Ziel sich als „normale“ politische Strömung zu präsentieren und ihre gesellschaftliche Isolation zu überwinden. Mit Arbeit und Agitation zu lokalen Themen, aber auch mit Jugendfreizeitangeboten oder Beratungshilfen gibt man sich den Anschein, Interessenvertreter der lokalen Bevölkerung zu sein. Leider belegen Entwicklungen in einigen Regionen Deutschlands, dass diese Strategie manchmal aufgeht. Lokale Wahlergebnisse der NPD von bis zu 25 Prozent bei den sächsischen Kommunalwahlen im Mai 2008 belegen diese gefährliche Entwicklung.

Neben der starken Konzentration rechtsextremer Kräfte in der kommunalen Arbeit sind aber auch die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vor allem kommunal zu finden. Bundesweit gibt es Projekte, Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz. Diese vielen Initiativen bilden das Rückgrat der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und tragen in vielen Bereichen entscheidend zur demokratischen Kultur eines Gemeinwesens und damit unserer Gesellschaft insgesamt bei.

Aufgrund der Bedeutung von Kommunen als Ort der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verdienen sie besondere Beachtung und Unterstützung, sowohl auf politisch-institutioneller als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Dieser Artikel informiert über die parlamentarische Herausforderung durch rechtsextreme Mandatsträger in Kommunen (Kapitel II). Diese Herausforderung wird sich in Thüringen durch Wegfall der kommunalen 5-Prozent-Hürde nach den nächsten Kommunalwahlen 2009 mit großer Wahrscheinlichkeit für

einige Kommunen stellen. Im zweiten Teil dieses Artikels geht es dann um kommunale Handlungsmöglichkeiten gegenüber Rechtsextremismus – repressiv und präventiv – in kommunaler Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft (Kapitel III). Den Abschluss bilden einige Beispiele interessanter Projekte der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (Kapitel IV).

## **II. Ergebnisse einer Studie der FES zu rechtsextremen Fraktionen in Kommunalparlamenten**

Die Studie „Politische Strategien der extremen Rechten in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie“<sup>1</sup> wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Prof. Dr. Benno Hafenegger und Dr. Sven Schönfelder, Universität Marburg, durchgeführt. Die qualitative Studie erschien im Dezember 2007, die Daten stammen aus den Monaten Juli-September desselben Jahres. Es wurden im Rahmen der Studie 16 leitfadengestützte Interviews mit Fraktionsvorständen von SPD und CDU in acht Kommunen von vier Bundesländern in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. In allen Kommunen sind NPD oder Republikaner in Fraktionsstärke in den Kommunalparlamenten vertreten. Es handelt sich um die Kommunen:

- Anklam und Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern, NPD-Präsenz)

---

<sup>1</sup> Benno Hafenegger, Sven Schönfelder: Politische Strategien der extremen Rechten in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2007. Dieser Studie entstammen alle Daten, Aussagen und Tabellen dieses Kapitels.

- Sebnitz und Königstein (Sachsen, NPD)
- Ehringshausen und Wölfersheim (Hessen, NPD)
- Ludwigshafen und Pirmasens (Rheinland-Pfalz, Republikaner).

Das Interesse der Untersuchung lag auf der Beantwortung der Frage, wie die demokratischen Parteien mit der Herausforderung von rechtsaußen in den Kommunalparlamenten umgehen, welche Strategien der Auseinandersetzung sich in der Praxis bewähren und welche nicht. In den Interviews wurden insgesamt 21 Fragen gestellt zu den Themenbereichen:

1. Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/Gemeinde
2. Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament
3. Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament
4. Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“
5. Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien
6. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde
7. Maßnahmen gegen die extremen Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien.

Die Antworten auf die 21 Fragen wurden systematisch ausgewertet. Die dabei gewonnenen Ergebnisse sind also Wahrnehmungen der Interviewpartner/innen und können insofern keinen Anspruch auf Objektivität erheben. Im

Folgenden können nur einige besonders wichtige Ergebnisse der Studie hervorgehoben werden.

In einem ersten Fragenkomplex ging es um die Gründe der Wahlentscheidung für die extreme Rechte. Der Blick auf die Tabelle 9 zeigt, dass die Befragten den Wählerzuspruch für die extreme Rechte vor allem in einer Mischung aus politischer Unzufriedenheit und wirtschaftlichen wie sozialen Problemlagen in Verbindung mit fremdenfeindlichen und mitunter auch ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen begründet sehen. In Bezug auf die Häufigkeiten der Kategorien ist zu erkennen, dass die Stimmabgabe zugunsten von NPD oder REP fast überall vornehmlich als Protestwahl erklärt wird.



Tab. 9: Wie erklären Sie es sich, dass die NPD/„Republikaner“ in Ihrer Stadt/Gemeinde (zum wiederholten Mal) einen solchen Wählerzuspruch erfahren hat/haben?<sup>2</sup>

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Protestwahl		2	2	2	2	2	2	2	14
Unzufriedenheit	1	1	2	1	1	1	1	2	10
Bekennniswahl	2	1	1	2	1	2		1	10
Fremdenfeindlichkeit	1	1		2	1	1	1	2	9
Arbeitslosigkeit/soziale Probleme		1		2	2		1	2	8
Personenwahl		2			2	2	1		7
Bildungsdefizite					2	1	1	1	5
NPD wird als „normale“ Partei angesehen						2	1	1	4
Jugendphänomen						2			2
Fehlen von Zivilcourage								1	1

Im zweiten Fragekomplex rund um die Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament zeigte sich interessanterweise, dass die programmatisch radikalere NPD eher versucht, sachorientierte und lokalpolitische Themen anzusprechen. Wobei dies in der Mehrheit der Kommunen gleichzeitig als protestorientiert und po-

<sup>2</sup> In dieser und den folgenden Tabellen finden sich die Zustimmungswerte zu bestimmten Antwortkategorien. Die Reihenfolge der Kommunen ist dabei Ehringshausen (EHR), Wölfersheim (WÖ), Ludwigshafen (LU), Pirmasens (PS), Königstein (KÖ), Sebnitz (SEB), Stralsund (HST) und Anklam (ANK). Rechts steht jeweils die Summe, wobei ein Maximalwert von 16 (= Nennung einer Antwortkategorie in allen Interviews) zu erreichen ist.

pulistisch wahrgenommen wird (Tab. 12). Diese Einschätzung deckt sich mit Untersuchungen zur kommunalpolitischen Arbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, die eben nicht problemorientiert ist, sondern auf die Außenwirkung der Partei ausgerichtet ist.<sup>3</sup> Hingegen werden die Themen der Republikaner in Ludwigshafen und Pirmasens als eindeutig rechtsextrem und fremdenfeindlich eingeschätzt.

Tab. 12: Welche Themen spricht die NPD/sprechen die „Republikaner“ im Parlament an?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16 )
	EH R	W Ö	L U	P S	K Ö	SE B	HS T	AN K	
Sachorientiert/lokalpolitisch	2	2			2	2	2	2	12
Protestorientiert/populistisch	1				1	2	2	1	7
Rechtsextrem/fremdenfeindlich		1	1	2	2		2	1	7

Passend zu der als überwiegend populistisch, bzw. rechtsextrem eingeschätzten Themenbearbeitung wird den Mandatsträger/innen der extremen Rechten nur geringe kommunalpolitische Kompetenz beigemessen (Tab. 14). Es überwiegt die Einschätzung, dass das Parlament vor allem als Bühne der politischen Selbstinszenierung genutzt werden soll. Dass jedoch die Befragten in Königstein, Sebnitz und Anklam den NPD-Mandats-träger/innen durchaus kommunalpolitische Kompetenz bescheinigen, ist bemerkenswert, weil es sich gerade in

<sup>3</sup> Vgl. Katherina Baier u.a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald 2006.

diesem Kommunen um Hochburgen der NPD handelt, in denen sie seit Jahren aktiv sind und auch vergleichsweise hohe Wahlergebnisse erzielt haben. Dies deutet darauf hin, dass gerade in den Schwerpunkt-Regionen von NPD-Aktivitäten eine Professionalisierung der örtlichen Akteure eingesetzt hat, die die politische Herausforderung für die Demokrat/innen erhöht. Die Gefahr einer schleichenden „Faschisierung der Provinz“ (Toralf Staud) wird durch solche Ergebnisse bestätigt. Da die NPD seit mehreren Jahren auch in Thüringen ihr Netzwerk erweitert, ist die Befürchtung berechtigt, dass man es 2009 auch in Thüringen mit geschulten Mandatsträger/innen der NPD zu tun bekommen könnte.

Tab. 14: Lässt sich bei der NPD/den „Republikanern“ eine kommunalpolitische Kompetenz feststellen oder nutzt/nutzen sie das Parlament lediglich als „Bühne“ zur politischen Selbstinszenierung?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Politische Selbstinszenierung	1	1	1	2		1	2	1	9
Kommunalpolitische Kompetenz					2	2		1	5

Von hoher Bedeutung ist nun die Frage, ob sich den Mandatsträgern der extremen Rechten politischer Gestaltungsspielraum in den Kommunalparlamenten eröffnet. Dies ist in aller Regel nicht der Fall, weil die demokratischen Parteien eine Zusammenarbeit verweigern. Die Strategien, sich nicht mehr als nötig mit den rechts-extremen Mandatsträger/innen auseinander zu setzen, bzw. diese zu ignorieren und aus dem politischen Ge-

schehen auszugrenzen, fanden die größte Zustimmung (Tab. 17). Dies deckt sich mit der Praxis der demokratischen Parteien in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wo auf Anträge der NPD immer nur je ein/e Vertreter/in der Regierungs- und der Oppositionsfraktionen antwortet. Somit ist eine Auseinandersetzung nicht verweigert, aber gleichzeitig kurz gehalten.

Tab. 17: Welche Strategievarianten zum Umgang mit der NPD/den „Republikanern“ im Parlament hat Ihre Fraktion entwickelt?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Nicht mehr als unbedingt nötig auseinandersetzen	2	1	1	2	1	2	2	2	13
Ignorieren/Ausgrenzen	1	2	2		1	1	2		9
Anträge prinzipiell ablehnen	2	1					1		4
Anträge in Ausschüsse verweisen							2		2
Beratung und gemeinsame Stellungnahme der demokratischen Fraktionen				2					2
Konsequent auseinandersetzen					1				1

Allerdings fanden sich nur vier Gesprächspartner/innen, die als Strategie der Auseinandersetzung mit den rechts-extremen Fraktionen eine prinzipielle Ablehnung von deren Anträgen forderten. Und in einer anderen Frage gab ein Gesprächspartner aus Königstein an, einem Antrag der NPD ggf. auch zuzustimmen, wenn es sich um ein „Sachthema“ handele. Dieses Verhalten ist insofern

problematisch, als dass es genau die Normalisierungsstrategie der NPD unterstützt, sich als „normale“ Partei zu präsentieren. Doch die NPD ist keine „normale“ Partei. Sie verfolgt als Ziel die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und eine andere Gesellschaftsordnung, zu der all diejenigen nicht mehr zählen sollen, die die NPD für „Ausländer“ hält. Der damalige sächsische NPD-Abgeordnete aus Königstein, Uwe Leichsenring, gab dies in einem Interview mit der FAZ auch offen zu: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.“<sup>4</sup> Aufgrund dieser Selbstaussgrenzung der NPD vom Wertekonsens der demokratischen Kräfte sollte man niemals mit ihr zusammen stimmen, auch nicht in vermeintlichen Sachfragen. Die SPD hat diesbezüglich auf dem Hamburger Parteitag 2007 einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst.

Eine prinzipielle Ablehnung von NPD-Anträgen – gleiches wäre auch für Anträge anderer rechtsextremer Parteien zu empfehlen – muss jedoch gegenüber dem Wähler begründet werden. Gerade wenn die NPD einen Antrag stellt, beispielsweise eine kaputte Sporthalle zu sanieren, kann man diesen Antrag nicht kommentarlos ablehnen. Denn natürlich befürworten die demokratischen Parteien nicht kaputte Sporthallen. Es muss also begründet werden, dass aufgrund eines so grundlegenden Dissenses im Menschen- und Gesellschaftsbild zwischen rechtsextremen und demokratischen Parteien eine politi-

---

<sup>4</sup> FAZ, 21.9.2004. Uwe Leichsenring war zum Zeitpunkt des Interviews parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen. Er kam 2005 bei einem Autounfall ums Leben.

sche Zusammenarbeit nicht in Frage kommt. Ein entsprechender Antrag, die Sporthalle zu reparieren, müsste dann von einer demokratischen Partei erneut eingebracht werden. Im Ergebnis führt dies zu der zwar banalen, aber keinesfalls unwichtigen Aufgabe für die demokratischen Kräfte, an den Sorgen und Bedürfnissen der Bürger/innen dichter dran zu sein als die extreme Rechte, damit diese sich eben nicht als vermeintlicher Interessenvertreter der Bürger/innen inszenieren kann.

Die Abschlussfrage der Interviews richtete sich nach Empfehlungen der betroffenen demokratischen Mandatsträger/innen an Kolleg/innen in gleicher Situation – möglicherweise ab 2009 auch in Thüringen.

Im Ergebnis wird eine Mischung aus Auseinandersetzung und Ausgrenzung empfohlen. Mit Ausnahme Stralsunds fand sich in allen untersuchten Kommunen ein/e Gesprächspartner/in, die/der für das Ignorieren der rechtsextremen Mandatsträger/innen votierte (Tab. 28). Eine knappe Mehrheit der Befragten forderte hingegen, es müsse eine ideologische Demaskierung der extremen Rechten stattfinden. Dies müsse jedoch geschehen, ohne der extremen Rechten ein Podium für ihre Parolen oder für ihre Selbstinszenierung zu bieten. Positiv wurden v. a. zwei Herausforderungen für die Demokrat/innen hervorgehoben: Die Bevölkerung müsse zum einen über Rechtsextremismus aufgeklärt werden, zum anderen sei politische Transparenz in den kommunalen Entscheidungsprozessen nötig und müssten die demokratischen Alternativen zum Rechtsextremismus klar herausgearbeitet werden. Nach den Erfahrungen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist diese Doppelstrategie aus Aufklärung

und Erklärung des eigenen politischen Vorgehens eine zwar anspruchsvolle, aber sehr erfolversprechende Strategie gegen die Ausweitung von Rechtsextremismus.

Tab. 28: Was raten Sie Kommunalpolitikern, in deren Parlamente Vertreter rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien gewählt worden sind?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		$\Sigma$ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HAST	ANK	
Ideologische Demaskierung	1	1	2	2	1	2		1	10
Ignorieren/Ausgrenzen	2	1	2		1	1	1	1	9
Kein Podium bieten	1	1	1	2	1	1	2		8
Reden und aufklären				2	2	2	2		8
Polit. Transparenz u. Alternative			1	1	1	2	2		7

Zusammenfassend lassen sich als wichtigste Ergebnisse der Studie „Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten“ festhalten:

- Die Wahlentscheidung für NPD/Republikaner wird überwiegend als Protestwahl von sog. „Modernisierungsverlierern“ gedeutet, aber durchaus auch in Verbindung mit dem Problem weit verbreiteter rechtsextremer Einstellungen gebracht.
- Die NPD gibt sich kommunal bieder, die Republikaner extremer.
- Rechtsextreme Mandatsträger/innen zeigen im Westen nur geringe im Osten immerhin teilweise kommunalpolitische Kompetenz.

- Kommunalparlamente werden von der extremen Rechten als Bühne zur politischen Selbstinszenierung zweckentfremdet.
- Kommunal hängt die extreme Rechte stark von bekannten Personen ab, die bei Vorhandensein aber ihre Wahlchancen verbessern.
- Rechtsextremisten sind teilweise aktiver als Demokrat/innen bei der Benennung von Problemen, was ihnen bei der Selbstinszenierung als Interessenvertreter der „kleinen Leute“ nützt.
- Die Demokraten grenzen die rechtsextremen Abgeordneten weitgehend in überparteilicher Kooperation aus.
- Anträge der Rechtsextremisten werden in aller Regel abgelehnt, in „Sachfragen“ gibt es jedoch bisweilen Zustimmung zu NPD-Anträgen. Dies unterstützt jedoch die Normalisierungsbemühungen der NPD und torpediert daher den Kampf gegen Rechtsextremismus.

### **III. Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus**

Seit Einführung der Bundesprogramme Civitas, Entimon und Xenos durch die rot-grüne Bundesregierung 2001 haben viele Projekte Praxiserfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gesammelt, die meisten davon im kommunalen Kontext. Der Kampf gegen Rechtsextremismus steht daher nicht am Anfang und es ist gut, dass die aktuellen Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“, „Kompetent für Demokratie“ und das weiterhin bestehende „Xenos“-Programm eine weitere Förderung



von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus an vielen Orten ermöglichen, wenn auch nicht an allen Orten, an denen es nötig wäre.

Die Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zeigen, dass bestimmte Faktoren für eine erfolgreiche Bearbeitung des Themas wichtig sind:

- Wissen: Problembewusstsein und Kenntnisse über Rechtsextremismus sind Voraussetzungen für Aktionen.
- Sozialraumorientierung: Was können *wir* und was können wir *hier* tun?
- Klare Positionierung: Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parolen ist nötig, aber ihre Positionen müssen eindeutig abgelehnt werden.
- Entscheidung: Soll das Engagement gegen Rechtsextremismus langfristig angelegt sei oder geht es um eine kurzfristige Mobilisierbarkeit?
- Demokratieförderung: Beteiligung muss ermöglicht, demokratische Grundsätze geachtet werden.

Besonders der letzte Punkt ist bedeutsam, da es ja nicht nur um einen Kampf gegen etwas, sondern auch um das Streiten für etwas geht: Für ein demokratisches Gemeinwesen, das seinen Bürger/innen Mitentscheidungsmöglichkeiten eröffnet, und für das gelingende Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Prägung steht.

### **Handlungsmöglichkeiten der Politik**

Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten ergeben sich daraus für verschiedene Akteure in Kommunen – beispielsweise in Thüringen? Zunächst zu den politischen

Akteuren: Von hoher Bedeutung ist die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dies ist zwar eine Binsenweisheit, aber in der Umsetzung dennoch bisweilen kompliziert. Aber die Erfahrung zeigt: Bündnisse, die von einem breiten Konsens getragen werden und alle demokratischen Parteien von der Linkspartei bis zur CDU/CSU umfassen, erfreuen sich hoher Akzeptanz in der Bevölkerung und erreichen höhere Mobilisierungsgrade als kleinere Bündnisse.

Ebenso banal klingend aber für die Praxis bedeutsam ist eine klare Positionierung der lokalen Politik gegen Rechtsextremismus. Zwar ist ein Stadtratsbeschluss oder eine öffentliche Erklärung einer/eines Bürgermeister/in zunächst einmal ein weitgehend politisch folgenloser symbolischer Akt. Aber solche Akte prägen das lokale Klima und machen allen Bewohner/innen deutlich, dass Rechtsextremismus an diesem Ort nicht willkommen sind.

Entsprechend ist es auch zu empfehlen, dass Kommunalpolitiker/innen sich in lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus engagieren. Es hat immer eine hohe Symbolfunktion, wenn ein/e Bürgermeister/in oder die/der Vorsitzende des Kommunalparlaments beim Kampf gegen Rechtsextremismus mit gutem Beispiel voran geht.

In der kommunalpolitischen Praxis ist von einer Zusammenarbeit mit NPD oder DVU unbedingt abzuraten, wie im vorangegangenen Kapitel bereits ausgeführt worden ist. Ebenfalls nicht empfehlenswert ist eine Diskussion mit der NPD auf Augenhöhe. Manche Schulen haben

etwa Kandidat/innen aller in der Kommune antretenden Parteien zu einem Informationsgespräch eingeladen. Seien Sie sicher, dass die NPD einer solchen Einladung nachkommen wird. Doch wenn dann ein/e NPD-Kandidat/in auf gleicher Augenhöhe mit demokratischen Kandidat/innen diskutiert, entsteht der von der NPD so sehr gewünschte Eindruck, sie sei eine „normale“ Partei unter anderen. Das ist sie aber nicht, eben weil sie fundamental andere Ziele verfolgt als die demokratischen Parteien. Rein praktisch gesprochen muss außerdem jeder Veranstalter damit rechnen, dass die NPD eine solche Einladung als großen politisch-strategischen Erfolg öffentlich machen und die regionale wie überregionale Presse über einen solchen Vorfall berichten wird.

Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gehört meiner Meinung aber auch, dass die demokratischen Politiker/innen besser und schneller sein müssen als die der extremen Rechten. Kommunale Probleme sollten nicht von Rechtsextremist/innen, sondern von Demokrat/innen benannt und angepackt werden. Das wäre der beste Schutz vor einer Selbstinszenierung der NPD o. a. als vermeintlicher kommunaler Interessenvertreter der Bürger/innen. Wie man immer wieder hört, gibt es diesbezüglich in einigen Regionen noch Steigerungsmöglichkeiten für die demokratischen Parteien. Ebenfalls zur Nähe zu den Bürger/innen gehört, dass die demokratischen Parteien ihre Politik erklären. Wenn Bürger/innen – in der Demokratie ja der Souverän – das Gefühl haben, politisch nicht mitgenommen zu werden, dann ist das ein Problem, völlig unabhängig von der Frage, ob man als Politiker/in diesen Eindruck für berechtigt hält oder nicht. Dies ist umso wichtiger, als dass das Gefühl politi-

scher Einflusslosigkeit und der Ferne zum politischen Geschehen sogar ein Einflussfaktor für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen ist.<sup>5</sup>

### **Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung**

Die Verwaltung ist auf kommunaler Ebene ein, wenn nicht der zentrale Akteur im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Und auch Verwaltungen haben zahlreiche Möglichkeiten im Kampf gegen Rechtsextremismus. Genau wie die Politik hat auch eine klare Positionierung von Verwaltungsmitarbeiter/innen gegen Rechtsextremismus und die Mitarbeit in Bündnissen o. ä. Symbolwert und daher Vorbildwirkung. Die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist darüber hinaus eine Möglichkeit der Verwaltung, in ihrer Regelarbeit gegen Rechtsextremismus zu wirken – über deren Ausbleiben an vielen Orten geklagt wird. Diese Unterstützung kann beispielsweise im Überlassen von öffentlichen Räumen für Sitzungen bestehen, in der Beratung bei geplanten Aktivitäten oder der Herstellung von Öffentlichkeit für ein entsprechendes Anliegen.

Die Verwaltung hat gemeinsam mit der Politik zudem Möglichkeiten, den vielerorts nötigen Aufklärungsbedarf zum Thema Rechtsextremismus zu stillen. Die sich verändernde rechtsextreme Szene und die Professionalisierung einiger ihrer Akteure erfordern ebenso Aufklärung und Schulungen wie auch über mögliche Gegenstrategien der Demokrat/innen informiert werden muss. Gute Erfahrungen werden etwa mit der Aufklärung von Gastwirten

---

<sup>5</sup> Vgl. Oliver Decker, Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006.

gemacht, damit diese leichter erkennen, wenn eine rechtsextreme Organisation die Räume anmieten will. Und natürlich gehört auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Schule zu den ganz entscheidenden Pfeilern einer kommunalen Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diktaturverherrlichung und für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte.

Verwaltungen verfügen aber auch über Repressionsmöglichkeiten, die der Zivilgesellschaft nicht zur Verfügung stehen. Dabei meine ich nicht die im Rechtsstaat selbstverständliche Verfolgung von rechtsextremen Straftaten durch Polizei und Staatsanwaltschaften. Vielmehr gibt es auch noch zu wenig bekannte Möglichkeiten, rechtsextremen Organisationen die Anmietung von öffentlichen Räumen zu untersagen oder zumindest zu erschweren. Einen Überblick über diesbezügliche Möglichkeiten gibt die empfehlenswerte Broschüre „Handlungs-Räume“ der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, die dort kostenlos bestellbar ist.<sup>6</sup> Daneben können Versammlungsbehörden Auflagen für rechtsextreme Demonstrationen erlassen wie das Verbot bestimmter Zeichen oder Parolen. Im Rahmen des rechtsstaatlich Zulässigen Repressionsmöglichkeiten zu nutzen empfiehlt sich unbedingt in der Auseinandersetzung mit den Kräften, die den Rechtsstaat für Teile der Bevölkerung außer Kraft setzen wollen und seine Grundlage – die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz – nicht anerkennen. Allerdings ist

---

<sup>6</sup> Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen. Hrsg. v. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Berlin 2008 (bestellbar unter [www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)).

völlig klar, dass Repression kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus ist. Allein mit Verboten und Auflagen wird die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht zu gewinnen sein. Daher ist der in vielen Kommunen bereits beschrittene Weg einer Kooperation von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und die gleichzeitige Arbeit an repressiven und präventiven Strategien gegen Rechtsextremismus unbedingt empfehlenswert.

### **Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft**

Kommen wir damit zu den Handlungsmöglichkeiten der bereits angesprochenen Zivilgesellschaft: Als erstes ist zu betonen, dass zivilgesellschaftliche Gegenwehr bei rechtsextremen Aktivitäten notwendig ist. Wenn eine rechtsextreme Demonstration angemeldet worden ist, sollte man sich Gedanken über eine Gegenaktion machen. Wenn eine Gewalttat passiert, muss eine Solidarisierung mit dem Opfer einsetzen und konkrete Hilfe geleistet werden. Wenn eine rechtsextreme Partei einen Info-Stand auf dem Marktplatz aufstellt, muss Protest hörbar werden. Manche stellen die Sinnhaftigkeit von Gegenaktionen in Frage und argumentieren, eine Gegendemo sei doch ein rein symbolischer Akt. Das stimmt zwar, ist aber kein hinreichendes Gegenargument. Denn die Erfahrungen insbesondere aus Sachsen vor rund 10 Jahren zeigen, dass sich an Orten, die keine Gegenwehr gegen Rechtsextremismus gezeigt haben, rechtsextreme Strukturen erhärtet haben. Und eine zivilgesellschaftliche Gegenwehr zeigt deutlich, dass Rechtsextremisten am Ort nicht willkommen sind, was wiederum die politische Stimmung eines Gemeinwesens prägt.

Auch zivilgesellschaftliche Institutionen – insbesondere Vereine – haben repressive Handlungsmöglichkeiten. So kann man beispielsweise seine Vereinssatzung dahingehend ändern, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Verein XY und in der NPD ausgeschlossen ist. Vereinsrechtlich ist eine entsprechende Satzungsänderung für nahezu alle Vereine unproblematisch.<sup>7</sup> Hausordnungen in Jugendclubs, Vereinsheimen oder Sportstätten können bestimmte Zeichen oder Marken verbieten, etwa die unter Rechtsextremisten beliebte Modemarke „Thor Steinar“.

Will man schließlich eine dauerhafte Veränderung des politischen Klimas an einem Ort erreichen, empfiehlt es sich, Strukturen zu schaffen. An viele Orten gibt es bereits „Runde Tische gegen Rechtsextremismus“ oder wie immer entsprechende Bündnisse heißen. Eine kontinuierliche Bearbeitung des Themas wird so ermöglicht und nicht zuletzt kann man in solchen Strukturen die erwähnten breiten Bündnisse schließen, die in Krisensituationen dann auch belastbar sind.

Und nicht zuletzt kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren eine entscheidende Bedeutung für das Engagement im Gemeinwesen zu. Wie sähen Kommunen ohne engagierte Bürger/innen, ohne Vereine, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften aus? Sich vor Ort für das Gemeinwesen zu engagieren, ist ein guter Schutz gegen Rechtsextremismus. Denn dort, wo engagierte Bürger/innen in demo-

---

<sup>7</sup> Eine hilfreiche Broschüre zu diesem Thema ist: Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus. Hrsg. v. RAA Mecklenburg-Vorpommern. 2008 (bestellbar unter [www.raa-mv.de](http://www.raa-mv.de)).

kratischem Geist ein Gemeinwesen bestimmen, finden rechtsextreme Personen und Organisationen wenig Resonanz.<sup>8</sup>

Die Liste dieser kommunalen Handlungsmöglichkeiten für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erhebt selbstverständlich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Viele andere Aktivitäten sind denkbar und werden an vielen Orten dieses Landes von engagierten Bürger/innen, Verwaltungsmitarbeiter/innen und Politiker/innen umgesetzt. Die genannten Vorschläge sollen lediglich die Gedanken anregen, was vor Ort möglich wäre. Grundsätzlich gilt dabei, dass Sie in Ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus nicht allein sind. Es gibt Erfahrungswerte, es gibt Beratungsmöglichkeiten und es gibt Materialien. In Thüringen ist beispielsweise MOBIT zu nennen, die „Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“, die kompetente Beratung zum Thema anbietet. Und natürlich ist neben vielen anderen auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ansprechbar bei entsprechendem Schulungs- oder Materialbedarf.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. etwa die Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms Civitas: Heinz Lynen von Berg, Kerstin Palloks, Armin Steil: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim 2007.

<sup>9</sup> Internetadressen: MOBIT: [www.mobit.org](http://www.mobit.org), Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung: [www.fes-thueringen.de](http://www.fes-thueringen.de) Themenportal der Friedrich-Ebert-Stiftung mit bundesweiten Veranstaltungshinweisen und kostenloser Downloadmöglichkeit von Materialien: [www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus).



## **IV. Praxisbeispiele:**

Zum Abschluss sollen vier Praxisbeispiele verdeutlichen, wie gelungene Aktionen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aussehen können.

### **Gegenaktionen – das Bürgerforum „Gräfenberg ist bunt“**

Bei Gegenaktionen zu rechtsextremen Aktivitäten sind Bürger/innen der fränkischen Stadt Gräfenberg besonders kreativ. Seit 1999 marschieren die NPD regelmäßig durch Gräfenberg. Als Reaktion auf die im November 2006 gegebene Ankündigung der NPD, künftig monatlich in Gräfenberg zu demonstrieren, gründete sich das Bürgerforum „Gräfenberg ist bunt“ und organisierte zahlreiche Gegenaktionen: Beispielsweise eine Aktion unter dem Motto „Wir kehren die braunen Narren aus der Stadt“, bei der sich Bürger/innen mit Besen, Schrubbern und Handfegern an den Straßenrand stellten, als der rechts-extreme Demonstrationzug vorbei zog. Eine weitere Aktion trug den Titel „Nikolaus schmeißt Nazis raus“. Diesmal demonstrierten die Gräfenberger/innen zur entsprechenden Jahreszeit in Weihnachtsmannkostümen durch die Stadt. Als drittes Beispiel zu erwähnen ist die Aktion „Wir lassen die Nazis abblitzen“, bei der ein rechtsextremer Demonstrationzug in tausendfaches Blitzlichtgewitter getaucht wurde. Das Bürgerforum „Gräfenberg ist bunt“ ist mittlerweile bundesweit bekannt und hat 2008 den Würzburger Friedenspreises erhalten.

### **Selbstverpflichtungen – Schalke 04 und der Deutsche Bundestag**

Die Selbstverpflichtung, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Verein und bei der NPD unmöglich ist, hat als erster Verein der Fußball-Bundesliga der FC Schalke 04 in seine Satzung aufgenommen. Eine andere Form der Selbstverpflichtung ist der Deutsche Bundestag eingegangen. Durch eine Änderung der Hausordnung ist das Tragen der unter Rechtsextremisten beliebten Modemarke „Thor Steinar“ in den Gebäuden des Deutschen Bundestages untersagt.

### **Symbolische Handlung – die Kampagne „Kein Sex mit Nazis“ des Netzwerk für Demokratie und Courage**

Wie beschrieben sind symbolische Handlungen durchaus ein wichtiges Mittel der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, weil sie eine klare Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Einstellungen und Handlungen verdeutlichen und damit das gesellschaftliche Klima mitprägen. Eine solche symbolische Aktion ist die Kampagne „Kein Sex mit Nazis“ des aus der Gewerkschaftsjugend hervorgegangenen Netzwerks für Demokratie und Courage. Dabei wird ein 30 mal 12 Meter großes Banner mit eben jenem Spruch verliehen und hängt dort, wo Rechtsextremisten versuchen öffentlich für ihre Sache zu werben. Seit drei Jahren schon wird auf diese im besten Sinne des Wortes plakative Weise eine klare öffentliche Aussage gegen Rechtsextremismus abgegeben.

### **Gemeinwesenentwicklung – Bürgerkonferenz in Gera**

Ein abschließendes Praxisbeispiel soll eine Möglichkeit aufzeigen, etwas für die Entwicklung des Gemeinwesens

zu tun und im Idealfall durch Überwindung von Politikverdrossenheit zur Demokratieförderung beizutragen. Bei der Methode der Bürgerkonferenz werden zufällig ausgewählte Bürger/innen eingeladen, in einem Seminar eine Handlungsempfehlung für die Politik auszuarbeiten. Dieses Bürgervotum enthält dann Politikberatung aus Bürgersicht wird einer/einem Politikvertreter übergeben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat zuletzt im Herbst 2007 eine solche Bürgerkonferenz in Gera zu der Frage durchgeführt, was die Stadt gegen Rechtsextremismus tun könne.

## **V. Fazit „Demokratie braucht Demokraten“**

Es muss abschließend noch einmal betont werden, dass die vorangegangenen Überlegungen zu kommunalen Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus und die Praxisbeispiele nur einen kleinen Ausschnitt der vorhandenen Möglichkeiten und der vielfältigen Erfahrungen darstellen. Sie sollen verdeutlichen, dass es vielfältige Möglichkeiten zur Auseinandersetzung gibt, dass viele Strategien bereits in der Praxis erprobt sind und dass niemand in seinem Engagement gegen Rechtsextremismus allein ist, weil es an vielen Orten sehr viele engagierte Demokratinnen und Demokraten gibt. Das ist gut so, aber das ist auch wichtig so, damit unser politisches System und unsere Gesellschaft die Herausforderungen durch den Rechtsextremismus meistert. „Demokratie braucht Demokraten“, hat es Friedrich Ebert einmal ebenso kurz wie treffend zusammengefasst. Dieser Ausspruch des ersten demokratisch legitimierten Staatsoberhauptes der deutschen Geschichte ist zu einem Leit-

motiv der Stiftung geworden, die seinen Namen trägt. Weil Demokrat/innen nicht vom Himmel fallen und die Demokratie von ihren Bürger/innen mit Leben gefüllt werden muss, ist es eine wichtige Aufgabe, sich für die Demokratie und für Demokrat/innen einzusetzen. Gemeinsam mit vielen anderen tut dies die Friedrich-Ebert-Stiftung und macht dabei die Erfahrung: Es lohnt sich.

### Über den Autor:

Dr. Dietmar Molthagen, geb. 1974, Dr. phil., leitet seit 2005 das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu seinen Aufgaben gehören die Organisation von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, die Vergabe von Studien zur wissenschaftsbasierten Politikberatung, die Durchführung von Modellprojekten zur Demokratieförderung und die Herausgabe von Materialien für die politische Bildungsarbeit. Zuvor Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Theologie an den Universitäten Hamburg und Leicester (GB). Promotion im Fach Geschichte an der Universität Hamburg.

Herausgeber

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz  
Haarbergstraße 61  
99097 Erfurt

Tel.: 0361/4406-0  
Fax: 0361/4406-251  
<http://www.verfassungsschutz.thueringen.de>  
e-mail: [kontakt@tlfv.thueringen.de](mailto:kontakt@tlfv.thueringen.de)

Erfurt 2008

Herstellung:  
Druckerei – Justizvollzugsanstalt Hohenleuben